

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7620.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anspredher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 27. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Rentabilität des deutschen Bergbaues 1889-1898.

Man schreibt uns:

In Brüssel tagt der internationale Bergarbeiter-Kongress. Da der Kongress sich auch mit der Lohnfrage beschäftigen wird, so geben wir im folgenden einen Beitrag zu ihrer Beurteilung.

Für deutsche Verhältnisse fehlen leider noch die nötigen statistischen Unterlagen zur Erkenntnis der Lohnverhältnisse im Bergbetriebe: wir kennen weder für die einzelnen Unternehmungen noch für ihre Gesamtheit einerseits die Rentabilität, andererseits die Lohnverhältnisse, um auf solche einer Vorarbeit fußend dann den Anteil sowohl der Arbeiter wie der Kapitalisten an den hohen Ergebnissen der gegenwärtigen günstigen Konjunktur zu ermitteln. Einermöglichen werden wir jedoch auch schon von einer einseitigen Feststellung der Rentabilität im Kohlenbergbau einen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Lohnfrage gewinnen können. Beobachten wir nämlich eine stark steigende Verzinsung des im Bergbau angelegten Kapitals, so wird man zu dem Schluß geneigt sein, daß unter Umständen hier Summen dem Kapital zugeflossen sind, die besser den Arbeitern zu gute gekommen wären. Mit Rücksicht auf die Verantwortung dieser Frage wollen wir hier eine Rentabilitätsrechnung aufmachen. Jedoch wird sich diese nicht ausschließlich auf reine Kohlenbergwerke beschränken. Da viele Kohlenbergwerke auch Hüttenbetrieb haben, umgekehrt viele Hütten nebenbei Kohle fördern, so haben wir die Rentabilitätsrechnung auf Bergbau und Hüttenwesen ausgedehnt.

Unter Rentabilität verstehen wir hier den jährlichen, in Prozenten ausgedrückten Gewinn, der dem Kapital zusteht. Man pflegt gewöhnlich den Gewinn, den industrielle Gesellschaften abwerfen, Unternehmergewinne zu benennen. Nun ist es aber leicht nachweisbar, daß bei Aktiengesellschaften, deren Papiere an den Börsen gehandelt werden, von Unternehmern im strengen Sinne des Wortes nicht mehr gesprochen werden kann. Der Kreis der Personen, der am Datum des Geschäftsabchlusses im Besitze der Aktien ist und die Dividenden-summe unter sich teilt, setzt sich nicht aus Unternehmern, sondern aus großen und kleinen Kapitalisten zusammen, die ihr Geld so hoch wie möglich zu verzinsen suchen. Bei Aktiengesellschaften, deren Aktien sich nicht in festen Händen befinden, sondern fortgesetzt hin- und hergelaufen werden, kann man nur die Gründer der Gesellschaft als Unternehmer bezeichnen; die späteren Aktieninhaber haben den Unternehmercharakter vollständig abgetreift; sie stehen zu der Unternehmung in keinem wirtschaftlichen, sondern in einem ganz losen und rein finanziellen Verhältnis. Mit Rücksicht nun darauf, daß der größte Teil des in Aktiengesellschaften des Bergbaues und Hüttenwesens angelegten Kapitals an den Börsen in Einzelstücken gehandelt wird, sehen wir von dem Ausdruck Unternehmergewinn ab und setzen dafür Unternehmergewinn.

Um nun den Unternehmergewinn für den deutschen Bergbau und das Hüttenwesen festzustellen, war es nötig, einmal den Kreis der Unternehmungen genau zu bestimmen, die als typisch für Bergbau und Hüttenwesen gelten können. Wir haben als diesen Kreis alle jene Unternehmungen des Bergbaues und Hüttenwesens angesehen, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden. Diese Unternehmungen repräsentieren die größten und maßgebendsten Betriebe und umfassen ohne Zweifel einen überaus hohen Prozentsatz des in den betreffenden Industrien angelegten Kapitals; sie spiegeln auch in ihren geschäftlichen Ergebnissen das Gesamtergebnis ziemlich getreu wieder.

Im ganzen erstreckt sich unsere Rentabilitätsberechnung auf 102 Berg- und Hüttenwerke, deren Gesamt-Aktienkapital zur Zeit 729 557 500 M. beträgt. Unter diesen Gesellschaften sind mit einem Aktienkapital von

Anzahl	unter 1 Million Mark
5	unter 1 Million Mark
16	1-2 Millionen Mark
88	2-5 „
19	5-10 „
14	10-15 „
10	über 15 „

Nicht für jedes Jahr ist die Dividende für die genannte Kapitalsumme nun auch durchweg zu ermitteln; meist fallen verschiedene Gesellschaften aus einer Reihe von Gründen bei der Berechnung aus, so ganz besonders für das Jahr 1898, für das die Erträge bei vielen Gesellschaften, deren Rechnungsjahr nicht am Ende, sondern inmitten des Kalenderjahres endet, noch nicht bekannt sind. Das Ergebnis für das Jahr 1898 bezieht sich vielmehr nur auf 56 Gesellschaften mit einem Kapital von 361 852 300 M. Diese 56 Gesellschaften verteilen insgesamt für das Jahr 1898 eine Dividende von 40 621 255 M., d. i. 11,22 Proz. des Kapitals. Es verteilen

Zahl der Gesellschaften	Prozent Dividende
2	0
5	1-5
28	5-11,22
9	11,22-15
8	15-20
8	20-30
1	über 30

Die meisten Gesellschaften verteilen zwischen 5 und der berechneten Durchschnittsdividende; nächst dem überwiegt noch eine Dividende bis 15 Prozent. Nun ist mit der Dividenden-summe noch keineswegs der volle Unternehmergewinn erschöpft. Es sind neben der Summe der Dividenden einmal jene Konten nicht außer acht zu lassen, die zusammen mit der Dividende den sogenannten Reingewinn ausmachen. Dazu gehören in erster Linie die Reserven, die Zantiemen, ein Teil der Gratifikationen, ja es kann sogar noch das Konto der Abschreibungen unter Umständen zur Ermittlung des Unternehmergewinnes in Betracht kommen. Man begegnet nicht mit Unrecht häufig der Annahme, daß speziell hinter den Reserven ein besonders großer Teil des Unternehmergewinnes zu suchen sei. Es wird dabei ausgeführt, ein großer Teil Aktiengesellschaften stede, um nicht durch allzuhohe Dividende die Oeffentlichkeit und vornehmlich ihre Arbeiter zu reizen, einen hohen Prozentsatz des Reingewinns in den Reserdefonds. Auch allzuhohe Abschreibungen könnten oft zur Verschleierung des eigentlichen Gewinnes dienen. Für Bergbau und Hüttenwesen sind aber in der genannten Beziehung Ueberschreitungen des zulässigen Maßes sowie Verschleierungen schwer nachzuweisen; ohne große Spezialkenntnis des einzelnen Betriebes ist hierüber überhaupt kaum ein Urteil zu fällen. Wir lassen also diese Faktoren außer Betracht und begnügen uns mit der Feststellung der 11,22prozentigen Dividende für das Jahr 1898. Was diese Dividende befragen will, ergibt sich erst aus einem Vergleich mit den in früheren Jahren gezahlten Gewinnen. Wir haben dieselben für die letzten zehn Jahre berechnet. Um auch vergleichbare Dividendensummen zu erhalten, aus denen sich die Zu- resp. Abnahme der Gewinne entnehmen läßt, berechneten wir die wirklich für jedes Jahr festgestellte Dividende auf das Aktienkapital vom Jahre 1888 in Höhe von 729 557 500 M. Wir erhalten dann folgende Uebersicht:

Jahr	Berechnete Dividenden- Pfeifer	Dividenden- Summe in M.	Gegen das Vorjahr + oder -	Gegen den Durchschnitt + oder -
1889	8,05	58 741 879	-	- 1 451 568
1890	10,96	79 959 502	+ 21 218 123	+ 19 766 557
1891	9,63	70 256 387	- 9 703 115	+ 10 063 442
1892	6,88	50 193 776	- 20 062 611	- 9 999 169
1893	5,14	38 400 285	- 11 694 511	- 21 693 680
1894	5,26	39 374 714	+ 875 449	- 20 818 231
1895	6,40	46 691 780	+ 7 317 066	- 13 501 165
1896	8,09	63 400 547	+ 16 708 767	+ 3 207 602
1897	10,00	72 955 750	+ 9 555 203	+ 12 762 805
1898	11,22	81 856 351	+ 8 900 601	+ 21 693 406
Durchschn.	8,25	60 192 945	-	-

Zunächst stellen wir fest, daß in 10 Jahren auf 729 Millionen Mark Kapital 602 Millionen Mark Dividende ausgezahlt wurden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in 12 Jahren dies am Bergbau und am Hüttenwesen angelegte Kapital sich durch die Verzinsung verdoppelt hat — ein geradezu erstaunliches Ergebnis in der Zeit des sinkenden Zinsfußes!

Nun wird man einwenden, daß in Wirklichkeit fast kein einziger Kapitalist, der am Bergbau und Hüttenwesen sein Geld angelegt hat, eine solche Verzinsung erlebt hat. Und das ist in der That richtig und zeigt das Unvernünftige der heutigen Dividendenpolitik. Sobald nämlich ein Papier ein gutes Erträgnis abwirft, so steigen die Kurse desselben und drücken für den Käufer der Papiere das Erträgnis wesentlich, oft bis zum landesüblichen Zinsfuß, in Zeiten der Krise noch mehr herab. Ist der Kurs eines Papiers heute gleich 100 und steht eine Dividende von 8 bis 10 Prozent in Aussicht, so wird am Markte das Papier nicht mehr zu 100, sondern viel eher zu 200 und darüber gehandelt werden. Bei diesem Handel wird ja von gewissen Kapitalistenkreisen ungemein viel verdient, nicht aber aus dem Erträgnisse der Unternehmung selbst heraus, sondern durch die fiktiven Kurssteigerungen des Kapitalwertes, veranlaßt durch die Aussicht auf hohes Erträgnis. Diese Wertsteigerungen sind für das wirtschaftliche Leben in dem heute üblichen Maße durchaus ungesund, der Unternehmung und dem Arbeiter direkt schädlich. Man kann auch nicht behaupten, daß die Schwankungen der Dividende in den heutigen Extremen notwendig seien. Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß von einem eigentlichen Unternehmerisiko bei den Kapitalisten, die ihr Geld am Bergbau und Hüttenwesen anlegen, keine Rede mehr sein kann. Es muß also das Bestreben dahin gehen, die Höhe der Dividenden entsprechend dem sicheren Charakter der Papiere mit aller Kraft herabzubringen. Wenn man für unsere Bergwerks- und Hüttenpapiere den offiziellen Zinsfuß plus einem Zuschlag von 1-2 Proz. als Normalertrag festsetzen wollte, so würde man zu einer Durchschnittsdividende von etwa 6 Proz. gelangen. Eine solche wäre jedenfalls immer noch hoch genug, um das anlagelustige Kapital zu gewinnen und festzuhalten. Der Bergbau, das Hüttenwesen, der Geldmarkt, ganz besonders aber die Arbeiter würden nur gewinnen, wenn in dieser Richtung eine zielbewußte und energische Arbeiterpolitik eingreifen würde. Man berechne nur einmal, welche Summe für die Löhne durch eine solche Durchschnittsnormierung insgesamt in den zehn Jahren und in jedem einzelnen Jahre frei werden würde.

6 Proz. Durchschnittsdividende macht pro Jahr auf unsere Kapitalsumme berechnet 43 773 450 M., oder in zehn Jahren 437 734 500 M. Ausbezahlt wurden in den zehn Jahren aber 601 929 451 M. Es würden also bei einer sechsprozentigen Durchschnittsdividende für Arbeiterlöhne in den zehn Jahren 164 194 911 M. frei geworden sein oder im Durchschnitt jedes Jahr 16,5 Millionen Mark. Allein im Jahre 1898 hätten an 37-38 Millionen Mark mehr Lohn an die Arbeiter ausbezahlt werden können, die in den von uns in Rechnung gezogenen Werken beschäftigt waren. Dabei ist zu bemerken, daß durch eine solche Verteilung des Erträgnisses weder das Unternehmen selbst wirtschaftlich irgend einen Schaden hätte, ja nicht einmal das Kapital als solches, höchstens gewisse einzelne Kapitalistenkreise, die aus den großen Schwankungen der Kurse sich zu bereichern suchen. Die Arbeiter dagegen würden ungemein gewinnen und durch sie die gesamte Volkswirtschaft.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dieser Richtung hin die Arbeiter darauf bedacht sein müssen, Lohnpolitik in großem Stile zu treiben. Sowie die Dinge heute liegen, hat von einer günstigeren Konjunktur nur ein kleiner Kreis der Finanzwelt besondere Vorteile. Die Masse des Kapitals drückt sich die hohen Erträgnisse durch die stets steigenden Kurse gegenseitig herab, und nur der Spekulant heimst aus den Schwankungen der Kurse übermäßige Gewinne ein. Diese willkürlichen und innerlich auf die Dauer gar nicht berechtigten Wertsteigerungen eines wirtschaftlichen Unternehmens würden bei einer geordneten Dividendenpolitik verschwinden, deren Aufgabe es wäre, den Faktor Arbeit in weit höherem Grade zu berücksichtigen, als es heute der Fall ist. Auch hier werden die Arbeiter Hilfe nur aus eigener Kraft zu erwarten haben. Es wird eine Periode langen Kampfes darstellen, in dem das hier angeordnete Ziel erreicht werden wird. Nur durch allmählichen und fortgesetzten Druck auf die Wertverwaltungen einerseits und indirekt auf die Börse andererseits kann die wirtschaftlich unberechtigte und unmögliche Höhe der Dividenden im Bergbau und Hüttenwesen herabgedrückt werden.

Die Ausgleichskrise.

— Wien, 25. Mai.

In dem aufs äußerste zugespitzten Konflikt zwischen den beiden Regierungen ist weder gestern noch heute eine Entscheidung gefallen. Die Situation ist für den Monarchen, der ebenso Kaiser von Oesterreich wie König von Ungarn ist, höchst eigenartig; er soll sich entweder für Oesterreich und also gegen Ungarn, oder für Ungarn und damit gegen Oesterreich entscheiden! und dabei handelt es sich um keine politische, sondern um eine wirtschaftliche Angelegenheit, so daß sich die Entscheidung der Krone als ein Angriff auf die wirtschaftlichen Interessen jener Reichshälfte darstellt, gegen die er optiert! Diese sonderbare Situation, in der der Monarch gleichsam als Gegner seines Landes und als Freund von anscheinend dessen Angreifern erscheint, kompliziert sich noch dadurch, daß beide Regierungen sich auf das Wort des Kaisers berufen können. Sowohl der Kaiser als der die Grundlage der Position der österreichischen Regierung bildet, als die Vereinbarung Szells mit der ungarischen Opposition, auf die sich der ungarische Ministerpräsident beruft, sind vom Kaiser genehmigt worden, so daß das formale Recht eigentlich auf beiden Seiten gleich stark ist. Unter solchen Umständen begreift man es, daß der Kaiser weder Thun noch Szell recht geben will, um so mehr, als dann eine Ministerkrise, sei es in Oesterreich oder in Ungarn unausweichlich würde. Es wird also, das ist das Ergebnis der Audienzen, die heute beide Ministerpräsidenten beim Kaiser hatten, noch einmal nach einem Ausgleich der Differenzen gesucht werden. Ob der Versuch Aussicht auf Erfolg hat, muß allerdings sehr bezweifelt werden.

Wir haben den Streitgegenstand zwischen den beiden Kabinetten an dieser Stelle schon einmalargelegt. In den im August vorigen Jahres zwischen Thun und Vanshy abgeschlossenen Vereinbarungen war bestimmt, daß im Falle es nicht gelingen sollte, den Ausgleich in Oesterreich parlamentarisch zu erledigen, er von der österreichischen Regierung mittels des § 14 in Wirksamkeit gesetzt werden wird, wogegen ihn die ungarische Regierung auf Grund ihres „Selbstverfügungsrechtes“ als Gesetz erlassen werde. Dabei erfuhr aber die wichtigste Bestimmung des Ausgleiches eine gewichtige Umänderung: das Zollbündnis sollte nicht mehr, wie immer seit dem Bestande des Dualismus, auf zehn Jahre, sondern nur auf fünf Jahre, bis Ende 1903, abgeschlossen werden; dann aber sollte es so lange weiter dauern, als es von der ungarischen Legislative nicht abgeändert oder aufgehoben worden ist. Diese sogenannte Vanshy'sche Klausel akzeptierte nun Herr v. Szell nicht, sondern er schloß den Friedenspakt mit der ungarischen Opposition auf der Grundlage, daß die Zollgemeinschaft bis 1903 bestimmt werden sollte, dann wird noch ein Jahr gewartet, und wenn auch da kein definitives Zollbündnis zu Stande komme, so trete eben die wirtschaftliche Trennung von selbst ein. Der Unterschied zwischen dieser Formel und der in Zahl vereinbarten liegt auf der Hand; nach den vorjährigen Vereinbarungen hätte das Aufheben, jetzt soll das Fortdauern des Bündnisses bewirkt werden. Die österreichische Regierung ist dabei von Herrn v. Szell ganz bagatelmäßig behandelt worden; er hat sie weder gefragt noch in Kenntnis gesetzt; Graf Thun erfuhr die Tatsache, daß der mit ihm vereinbarte Pakt zerfallen worden ist, aus den Zeitungen wie alle anderen Leute. Nun wehrt sich die österreichische Regierung auf eine eigentümliche Weise. Sie versucht nicht, die Verlängerung des Zollbündnisses zu erreichen, sondern sie erhebt vielmehr die Forderung, das dementsprechend auch der Termin für die gemeinsame Bank gesetzt werde. Dieses Verlangen findet bei Herrn v. Szell keinen Widerstand, dagegen will er, daß trotz der kurzen Frist, wofür die Existenz der Bank überhaupt verbürgt wird, die von den Oesterreichern zugestandene Magyanisierung der Notenbank durchgeführt werde. Die

Ungarn werden die Leute bei der Wahl nicht fahren lassen und die österreichische Regierung weigert sich, sie herauszugeben. Das ist im Wesen der Streitfrage, über den jetzt so erbittert verhandelt wird. Wie man sieht, existiert die Streitfrage nur, weil die österreichische Regierung den Ausgleich ohne Parlament machen will, denn all die Klagen und Formeln gelten nur für den Fall, als der Ausgleich in Österreich nicht auf parlamentarischem Wege, sondern mittels eines frechen Verfassungsbruches ins Werk gesetzt wird. Die vielbesungene Szejli'sche Formel löst sich in eitel Dampf auf, wenn der Ausgleich dorthin zurückgeleitet wird, wohin er gehört: ins Parlament, und alle Schwierigkeiten hören auf, wenn das österreichische Parlament wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Nichts wäre also verderblicher, als wenn die Regierung Thun, trotzdem sie sachlich vollends im Rechte ist, Recht behalten würde, denn dann wäre die Wahl für den Staatsstreik frei, der Ausgleich würde mit dem § 14 durchgesetzt werden und der österreichischen Volksvertretung wäre für immer der Niedrigst gebrochen. Aus dem Wirrwahl giebt es also vernünftigerweise nur einen Ausweg: Ins österreichische Parlament zurück! Wie die Dinge stehen, ist das Ende der Regierung Thun unvermeidlich; ihr plötzlicher Untergang gegenüber Ungarn scheint auch nur dem Bedürfnis entsprungen zu sein, in Schönheit zu sterben, denn wirkungsvoller kann eine Regierung in Österreich nicht fallen, als wenn sie als Vertreterin der heimischen Interessen gegenüber Ungarn auftritt. In Wahrheit leisten sich aber alle Ausgleichsschwierigkeiten von der Juristerei der Regierung Thun vor dem Parlamente her, und was sich nun vollzieht, ist nichts anderes als der völlige Sturz des anmaßlichen ministeriellen Absolutismus.

Wien, 26. Mai. Die ungarischen Minister kehren nach Budapest zurück. Koloman von Szell wird am Sonntag nach Wien zurückkehren. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Koloman v. Szell nach Budapest in politischer Absicht auf den Wunsch des Kaisers zurückgeführt, der dahin geht, Szell möge mit den Vertrauensmännern der ungarischen Parteien noch einmal Rücksprache über die Möglichkeit einer Verständigung nehmen.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 26. Mai.

Die Verrohung der Jugend.

In einer Zeit, wo sich unsere Junker, die Herrenhäuser an der Spitze, um die wachsende Verrohung der Jugend grämen, wird der folgende Bericht, der uns aus Jena zugegangen ist, ein willkommenes Material sein. Man schreibt uns:

Eine wilde Scene veranstalteten für sich und eine große Menschenmenge sechs auswärtige Studenten, welche sich am ersten Pfingstfesttag in Jena aufhielten und in der folgenden Nacht im „Deutschen Haus“, einem Hotel ersten Ranges logierten. Es war 1 Uhr nachts, als die „Herren“, die jedenfalls mittels einer ergiebigen Aneinander zum wahren Deutschtum sich durchgekauften hatten, gemäß gemeinschaftlicher Vereinbarung die Fenster ihrer in der zweiten Etage gelegenen Zimmer öffneten und dann zu schreien, zu singen und auf alle mögliche Weise in sündlicheren begannen.

Durch diese Thätigkeit weckten sie nicht allein die nächtlichen Hotelgäste, sondern auch die gesamte Nachbarschaft (das Hotel liegt mitten in der Stadt am Holzmarkt) aus dem Schlafe und lockten durch den auch für Jena — man ist hier durch die zahlreichen „Studentenalle“ schon ziemlich abgestumpft — ungewöhnlichen Lärm eine zahlreiche Menschenmenge herbei. Auch Schupplente waren zur Stelle, die den gebildeten Herren Ruhe geboten. Mit diesen guten Ratshälften befehlten sie sich aber auf dem Holzwege. Die „Helden“ Mühsal ließen sich nicht aus der Fassung bringen, sondern legten ihr Leben fort und regallerten die Wächter der öffentlichen Ordnung mit dem allergeneinsten Schimpfreden. Als diese in Gemeinschaft mit dem Wirt in die Zimmer dringen wollten, fanden sie die Thüren verriegelt und verbarrikadiert.

Auf dem Rückzuge mußten die Schupplente wahrnehmen, daß die toll gewordenen Unversitätsjünglinge nach den Verhaftungsversuchen sich noch rasender bededeten. Von untenstehenden Kommitäten angefeuert, begannen die Akademiker, nachdem sie das in den Zimmern vorhandene Mobiliar kurz und klein geschlagen hatten, aus ihrer Festung die einzelnen Stücke auf die Straße nach den Schupplenten und dem Publikum zu werfen. Auf diese Weise mußten Tische, Stühle, Nachtgeschirr, Gläser, Bilder usw. den Weg durchs Fenster nehmen; was in den Händen der Wüsthinge noch ganz geblieben war, zerfiel auf der Straße mit lautem Krachen. Zwei von den Schupplenten wurden von diesen Wurfgeschossen getroffen; sie hatten schließlich gerade genug zu thun, um sich und das Publikum vor den tobstichtigen Gesellen, die der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen auch nach den Fenstern der gegenüberliegenden Häuser warfen, in Sicherheit zu bringen.

Die unerhörte Kravallescene dauerte bis 3 Uhr nachts; erst dann wurden die Medaureiter, nachdem sie sich inmitten der vier nackten Hände befanden, ruhiger. Es war verwunderlich, daß die Polizei keine energischeren Mittel anwandte, um den gemeingefährlichen Menschen auf den Leib zu rücken, um sie entweder in Polizeigewahrsam oder in die nahegelegende Irrenheilanstalt zu bringen. Die Schupplente fahren dem Treiben machtlos zu und mußten sich damit begnügen, am anderen Morgen die Namen der Unruhmacher festzustellen. Diese sind hierauf in ihre Heimat zurückgekehrt. Von ihrer Verbindung sollen sie unterdessen übrigens ausgestoßen worden sein.

Man wird wohl annehmen dürfen, daß wider die Herren ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet werden wird, sofern sie mit demselben Maß gemessen werden wie andere sterbliche Menschen. Auf den Ausgang der Sache kann man, besonders wenn man sich an die Kravallescene der jüngsten Zeit, z. B. den Böbauer erinnert, gespannt sein.

Aus anderen Berichten fügen wir noch hinzu, daß die Herren, die auf diese Weise ihre Jugendkraft auskosteten, Korpsstudenten sind. Ja, es wird sogar behauptet, daß sie ihre Heldenthaten in durchaus nüchternem Zustande verübt haben, was wir allerdings für sehr unwahrscheinlich halten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erinnert an ein Wort Fichtles, das er vor 105 Jahren in Jena gesprochen:

„Um sein (des rechtschaffenen Studierenden) Leben mit einem Juge zu beschreiben: es liebt die Verführung mit dem Gemeinen und Unedeln. Wo dieses an ihn trifft, treibt es ihn zurück; so wie jene bekannte Pflanze vor der Verführung des Fingers sich zurückzieht. Wo es gemein und unedel hergeht, da findet ihr ihn nicht; es hat ihn zurückgetrieben, ehe es ihm recht nahe kam.“

Für Studenten von der Art der Jenerer Landfriedensbrecher trifft das Wort mit einer kleinen Variante zu: Wo es gemein und unedel hergeht, da findet ihr ihn — als Urheber. Öffentlich sind diese Jünglinge nicht zu rechtschaffen, auf daß sie nicht in ein paar Jahren als Staatsanwälte oder Richter mit entrüstet gesträubtem Haar jugendliche Arbeiter ins Zuchthaus schicken, um bei der zunehmenden Verrohung der Jugend ein Exempel zu statuieren.

Ueber die Gerichtsverhandlung werden wir berichten.

Von den „Vorwärts“-Dieben.

haben wir nun endlich nach monatelangem Harren etwas Authentisches gehört. Man erinnert sich, daß der „Vorwärts“ im Februar ein paar recht interessante Briefe des Freiherrn v. Stumm veröffentlichte, daß unmittelbar darauf die Staatsanwaltschaft mobilisiert, bei den Redactoren unseres Blattes als verdächtigen Dieben und Hehlern Handreichungen veranstaltet wurden, und schließlich Herr v. Stumm im Reichstag das Märchen von den vom „Vorwärts“ gestohlenen Briefen erzählte.

Die „Post“ erfand ihrerseits damals eine Räubergeschichte von einem Einbruchsdiebstahl, bei dem die „Vorwärts“-Diebe sogar Cigarren mitgehen ließen, und sie band einem allzu gläubigen Berichterstatter in ihrer grenzenlosen Verlegenheit und Stummfurcht die Fabel an, es seien zwei des Diebstahls verdächtige Personen verhaftet worden. Verhaftet sind allerdings zwei Angestellte der „Post“ worden, aber wegen einer Schwindel, die mit dem angeblichen Diebstahl in gar keinem Zusammenhang stand. So täuscht man die Öffentlichkeit, wenn Stumm wütet.

Nicht minder erfunden waren die Angaben von einem Einbruchsdiebstahl, und die „Post“ hat wieder die ihre offenkundige Thatsache der Behörde die Geschichte erzählt, um eine Aktion gegen den „Vorwärts“ zu veranlassen. Jetzt liegt uns nämlich ein amtliches Schriftstück vor, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß die „Post“-Leute keine Ahnung hatten, auf welchem Wege, wann und wie die Briefe in den „Vorwärts“ gelangten. Der Chefredacteur der „Post“, Aronsheim, hat nämlich nur die Vermutung aussprechen können, daß ihm die Briefe „in der Zeit vom 6. Oktober 1898 bis 25. Februar 1899“ gestohlen worden seien, d. h. in der Zeit zwischen dem Empfang der Briefe und ihrer Veröffentlichung. Also sind vermutlich auch die berühmten Cigarren in dem Zeitraum zwischen dem 6. Oktober 1898 bis 25. Februar 1899 „gestohlen“ worden. Herr Aronsheim wußte also gar nichts, als daß zur Zeit der Veröffentlichung die Briefe nicht auffindbar waren, und weil er über den Verbleib nichts wußte und Herr v. Stumm doch vernünftig werden mußte, er kam er die Geschichte von dem Einbruchsdiebstahl; auf Grund dieser Erfindung mußte dann ein großer Teil der Polizei in allen Gegenden Berlins und der Vororte sich dazu hergeben, bei unbescholtenen Staatsbürgern nach gestohlenen Gegenständen zu suchen!

Das oben erwähnte Aktenstück ist die — Anklage, die den Abschluß der heiteren Angelegenheit bildet. Aber es ist keine Anklage wegen Diebstahls oder Hehlerei, sondern unser verantwortlicher Redacteur soll sich mancher wegen angeblichen Vergehens gegen das Gesetz betreffend das — Urheberrecht verantworten. Der „Vorwärts“ soll sich nämlich des unerlaubten Nachdrucks schuldig gemacht haben, weil er die Briefe ohne Genehmigung ihres „geistigen Eigentümers“, des Herrn v. Stumm, abgedruckt und verbreitet hat.

Daß die Briefe des Herrn v. Stumm den Begriff des „geistigen Eigentums“, der gegen Nachdruck geschützt werden soll, nicht erfüllen, scheint uns zweifellos. Sie gehören zu jenen Mitteilungen, die jeder nachdrucken kann, weil sie keinerlei besonderen geistigen Arbeitsleistung enthalten. Außerdem war uns gerade aus den veröffentlichten Briefen bekannt, welcher großen Wert Herr v. Stumm darauf legt, daß seine geistigen Aeußerungen möglichst weite Verbreitung finden. Der Redacteur seines Blattes sollte ja deshalb gemahregelt werden, weil er verdächtig war, die Reden Stumms nicht zu lesen. Wir glaubten also, Herrn v. Stumm durch die Verbreitung seiner Meinungen zu dienen, und konnten uns nicht bewußt sein, daß wir fremdes geistiges Eigentum widerrechtlich und angeeignet hätten. Dagegen erkennen wir aus journalistischen Anstandsgründen und nach redaktioneller Geschäftsansicht Herrn v. Stumm durchaus einen Anspruch auf Honorierung seiner bei uns eingegangenen Mitteilungen zu, und wir sind bereit, in gütlicher Vereinbarung ihm das bei uns übliche Reisehonorar zu zahlen.

Das merkwürdige Verfahren, das in dieser Anklage wider uns angewendet ist, wird übrigens, wie wir vermuten, für Herrn v. Frege eine befriedende That anregen. Er wird sich an den „eitrigen Beulen“ der Preßjünglinge dadurch rächen, daß er die sämtlichen Blätter, die seine Briefe veröffentlicht haben, wegen unberechtigten Nachdrucks verklagt. Und wir glauben sogar, daß er mehr Glück damit haben wird, als Herr v. Stumm, da man eherlicherweise gesehen muß, daß seine Briefe eine gewisse Originalität haben und offenbar einem starken Aufwand subjektiver geistiger Arbeitsleistung entsprungen sind, darum also den Wert geistigen Eigentums darstellen. —

Deutsches Reich.

Die Landräte und die Kanalvorlage. Daß ein Teil der im Abgeordnetenhaus sitzenden Landräte für die Kanalvorlage eintreten werden, ist höchst wahrscheinlich; sie bedenken ihr Fortkommen und werden sich trotz der agrarischen Oppositionsbegehr mit der Regierung nicht verfeinden; die sonderbaren Liberalen Neben von den Gehorsamspflichtigen der Beamten sind nicht einmal nötig, um die Landräte an das zu erinnern, was ihnen fruchtet.

Von einzelnen Landräten steht es bereits fest, daß sie für die Vorlage eintreten werden, zum Beispiel der Vertreter für Marburg, Landrat v. Reglein. Darob große Enttäuschung im Land der Landwirte. Der Vorsitzende des Bundes in Marburg erklärte, der „Heffischen Landesztg.“ zufolge in einer Versammlung, man müsse als Landwirt gegen die Vorlage sein, und es sei bereits in diesem Sinne ein Schreiben an den Herrn Abgeordneten gerichtet worden, das dieser aber gar nicht beantwortet habe. Infolgedessen müsse er noch mit einem zweiten Schreiben regaliert werden. Dieses wurde dann auch einstimmig beschlossen.

Das kommt davon, wenn man Landräte wählt! —

Nationalliberale Agrarier. Wie die nationalliberale Partei der Pfalz offiziell bekannt giebt, hat zu Pfingsten sie Landbau beschlossen, mit dem Bund der Landwirte gemeinschaftliche Kandidaten für den bayrischen Landtag aufzustellen.

In dem Prozeß Stephan-Strebl. In Sachen Duz und Stephan ist, wie die „Volksztg.“ mitteilt, ein neuer Termin auf den 8. Juni anberaumt.

Evangelisch-socialer Kongreß. Nach der Eröffnungssprache des Landes-Oekonomierats Dr. Rohde, die wir gestern mitteilten, sprach Prof. Rastan über das Verhältnis der lutherischen Kirche zur sozialen Frage. Es wurde eine völlig abgelebte Resolution angenommen, daß die lutherische Kirche die Pflicht habe, eine nach dem christlichen Gedanken benehme Socialreform zu beschleunigen und zu fördern. Einige Aeußerungen des Professors Rastan und der Diskussionsredner zeigten, daß solchen Prommen die Socialreform nur dienen soll, um die Socialdemokratie, welche fälschlich als Religionsfeindin hingestellt wird, zu schädigen; das vergebliche dieser Bestrebungen hat aber der Eröffnungredner Dr. Rohde selbst ausgeprochen. Ferner sprach Herr Freese über „das konstitutionelle Ethium im Fabrikbetriebe“, er empfahl lebhaft ein Zusammenberufen der Unternehmer mit Arbeiterausschüssen aus freier Wahl der Arbeiter. —

Fahrrad und Umsturz.

Professor Delbrück hat auf dem evangelisch-socialen Kongreß in Kiel, wie schon mitgeteilt, das Fahrrad als Mittel gepriesen, der Socialdemokratie den Garaus zu machen. Diese Ausführungen des Herrn Professors haben das eine für sich: sie sind neu; aber sie haben gegen sich, daß das vorgeschlagene Mittel nichts hilft. Es

hilft so wenig, wie die vielen anderen bisher gegen die Socialdemokratie empfohlenen Mittel geholfen haben. Es tritt sogar das Gegenteil ein.

Der Herr Professor scheint nicht zu wissen, daß, wie es socialdemokratische Turner-, Sängervereine giebt, auch socialdemokratische Fahrradvereine existieren. Und bei den letzten Reichstagswahlen haben sich diese für die Verbreitung socialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel und für die Einholung der Wahrfreilatte am Wahltagabend so vorzüglich bewährt, daß wir mit dem Herrn Prof. Delbrück den lebhaftesten Wunsch hegen, diese socialdemokratischen Radfahrer möchten sich ins unendliche vermehren. Wir können sogar dem Herrn Professor verraten, daß die Socialdemokratie auch in diesem Falle den anderen Parteien voraus ist, als sie Kandidaten und Abgeordnete besitzt, die auf dem Fahrrad ihre sonst recht schwierig zu bearbeitenden Wahlkreise besuchen und vorzügliche Erfolge erzielen.

Herr Professor Delbrück muß also schon früher aufstehen, wenn er glaubt, den Vernichtungsbacillus für die Socialdemokratie entdecken zu können.

Auch in vorgerückter scharfhafter Laune sollte man nicht derart wider die Thatsachen plaudern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung wurde am 24. d. M. der Arbeiter Blasius G. in einem Schaßlokale in Ventzen festgenommen und verhaftet. —

Ein geohrteigter Denunziant. Dieser Tage spielte sich, wie Münchener Blätter berichten, im Hofe des königlichen Hofbräuhauses folgende Scene ab, deren Schlussszene gewiß jeden anständigen Menschen mit lebhafter Gemüthsregung erfüllen wird:

Kaufte sich da ein Arbeiter von seinem großen Wochenlohn eine Gypshüte König Ludwigs II., Leider hatte der Mann nach der dritten Maß ein schweres Pech, denn ein unerwarteter Stoß — und die Hüfte lag zerbrochen am Asphaltboden. Unter allgemeinem Bedauern der Tischgesellschaft holte der Mann die Trümmer zusammen, nicht jedoch ohne einige Kraftausdrücke fallen zu lassen. Niemand fiel es aber ein, dieselben als sich auf den König beziehend, oder gar als Majestätsbeleidigung zu betrachten. Nur einem norddeutschen Studenten war es vorbehalten, darin ein „crimen laeso majestatis“ zu erblicken. Er entfernte sich heimlich und holte einen Schutzmänn, um den Verbrecher dingfest machen zu lassen. Das Publikum und besonders die Tischgenossen, die den Pergang der Affaire ganz genau kannten, nahmen aber sofort Partei für den Arbeiter und der Schutzmänn sah sich veranlaßt, mangels jeglichen Grundes von einer Einschreitung abzustehen. Der junge Herr hatte aber seinen patriotischen Ueberseifer zu häufig, denn kaum hatte der Schutzmänn sich entfernt, als ein bisher vollständig unbeteiligter Zuschauer in der Person eines elegant gekleideten Herrn auf den Denunzianten zugeht und ihm nach kurzem Wortwechsel eine weithin schallende Ohrfeige verleiht. Unter Cravenrufen und Beifallrufen mußte sich der Geohrteigte aus dem Saalbe gehen. —

Die „Leipziger Volkszeitung“ bringt eine seltsam dunkle Notiz, welche die Arbeiter vor den Vorkängen der Verlesch-Gruppe warnen will. Die Verlesch-Gruppe sei durch die Ablehnung der Verteilung an der Arbeiterkongress-Konferenz seitens der socialdemokratischen Reichstagsfraktion keineswegs entmutigt, sondern suche ihre Trennungsbemühungen unter der Socialdemokratie fortzusetzen. Die Offiziere seien da, wie aber die Nacht gewinnen? Und nun erzählt die „L. V.“:

Vor längerer Zeit war's, da wurden Unterhandlungen mit einzelnen Kreisvereinen des Deutschen Ortskrankenkassenverbandes angeknüpft, um durch die Fälligkeit der Arbeiterkongress zu erhalten. Man mußte damals von einer besonderen Organisation der Kassen, obgleich eine solche eigentlich schon bestand. Was ist nun aus diesen damaligen Verhandlungen geworden? Darüber hat man nichts erfahren können. Es lag alles im Dunkeln und Ungewissen bis zum großen Tuberkulose-Kongreß, der eben in Berlin stattfindet. Da taucht wieder mit Bestimmtheit das Gerücht einer besonderen Organisation der Kassen auf, für die die Verlesch-Gruppe sich schon selber ins Zeug gelegt hatte. Unsere Annahme, daß die beabsichtigte Organisation mit dem Pläne der Verlesch-Gruppe zusammenfallen könnte, wird freilich erschüttert, nachdem der „Vorwärts“ gleichfalls die Hoffnung ausspricht, daß die Konferenz der Krankenkassen, die am 28. Mai in Berlin stattfinden wird, den Grundstein für einen Zusammenschluß sämtlicher Krankenkassen Deutschlands bilden möge, nachdem der „Vorwärts“ mit großer Wärme für diese Organisation eingetreten ist. Es ist fälschlich nur Zufall, daß die Bestrebungen der Verlesch-Gruppe sich mit denen des „Vorwärts“ in diesem Falle decken. Aber das Zusammentreffen zeigt, wie klug und geschickt die Verlesch-Gruppe operiert, um durch irgend ein Loch im socialdemokratischen Arbeiter in Fälligkeit zu kommen. Und es bedarf großer Vorsicht, wenn in diesem Falle dem unerwarteten Schachzug geschickt begegnet werden soll. Vielleicht daß durch einen frühzeitigen Warnungsrief ein Vorhaben nach in letzter Stunde unterlassen wird, das für den Tuberkulose-Kongreß als Antwort auf die ablehnende Haltung der Fraktion brabstichtigt war. —

Uns ist nichts bekannt von Verhandlungen derer um Verlesch mit Oetz-Krankenkassen, wie sie die „L. V.“ andeutet. Wenn die „L. V.“ hierüber etwas weiß, so hätte sie schon besser, der Öffentlichkeit ihr Wissen nicht vorenthalten, statt ängstlichen Verschönerungen Andruck zu geben. Die Centralkommission der Berliner Krankenkassen, deren Bestrebungen nach Schaffung einer einheitlichen Organisation der Krankenkassen der „Vorwärts“ gewürdigt hat, steht, wie wir zuverlässig wissen, irgendwelchen Vermählungen der Verlesch-Gruppe durchaus fern. Wenn sich die „Leipziger Volkszeitung“ nur der Mühe unterzogen hätte, die Entstehung und die Absichten des bevorstehenden Krankenkassen-Kongresses kennen zu lernen, so würde sie ihre bevorzogenen Auslassungen gewahrt haben. Vermutlich hat ein guter Freund der „Leipz. Volksztg.“ die auffällige Kenglichkeit der „Leipz. Volksztg.“ vor den Verhandlungen der Socialdemokratie durch die Verleschleute scharfhaft ausbeuten wollen. —

Ausland.

Emilio Castelar

ist, wie wir schon im Depeschenheft der letzten Nummer berichteten, am Donnerstag gestorben. Castelar war seit vielen Jahrzehnten der Führer der republikanischen Partei in Spanien. Er war Teilnehmer der republikanischen September-Revolution des Jahres 1868. Die Republik von 1873 machte ihn zum Minister. Später machte er keinen allzu glänzenden Frieden mit der Monarchie. Seit sechs Jahren hatte er sich vom politischen Leben zurückgezogen, doch wollte er gerade jetzt noch einmal den politischen Kampfplatz betreten, um gegen die drohend ihr Haupt erhebende ultramontane Reaktion zu freize zu ziehen. Castelar galt als einer der besten Redner Spaniens, und er hatte lange Jahre Gelegenheit, seine glänzenden Fähigkeiten in den Cortes zu üben.

Bei der großen Beliebtheit, die er genos, hat sein Tod in ganz Spanien eine tiefe Beiwegung hervorgerufen. Die Königin-Regentin und die Mitglieder der Regierung richteten Beileidskundgebungen an die Familie des verstorbenen Republikaners. Der Leichnam wird Sonnabendabend in Madrid eintreffen, woselbst eine Trauerfeierlichkeit in den Sälen der Deputiertenkammer stattfinden wird. Die Regierung beschloß das Begräbnis mit größtem Prunk auf Staatskosten. Der Sarg wird im Abgeordnetenhaus in eine Leichenkapelle verwaudet. Das Begräbnis findet am Sonntag unter Teilnahme der republikanischen Vertretungen aller Städte Spaniens statt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Slovener und Kroaten wollen sammeln gegenüber dem Programm der deutschen Opposition. In Laibach findet am 2. Juni eine Konferenz slovenischer Vertrauensmänner statt, um

Vorbereitungen zu treffen für eine Versammlung der slowenischen und kroatischen Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten Krains, Kärnthens, Steiermarks und des Küstenlandes zum Zweck einer gemeinsamen Kundgebung gegen das Programm der deutschen Oppositionsparteien.

Schweiz.

Schweizerisches Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz. Der Bundesrat hat in der Bundesversammlung den Antrag gestellt, die Beratung des Gesetzes betreffend Kranken- und Unfallversicherung mit Beschleunigung zu beenden unter Aufnahme der Bestimmung, daß das Gesetz erst nach Sicherung der finanziellen Mittel in Kraft treten soll. Zur Finanzierung ist eine besondere Finanzquelle in Aussicht zu nehmen; als solche schlägt der Bundesrat ein Tabakmonopol vor auf folgender Grundlage: Das Monopol darf die Qualität der für die Bevölkerung bestimmten Tabake und Cigaretten weder verschlechtern noch den Preis verteuern; den Verhältnissen der bei der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter ist durch den Weiterbetrieb der gegenwärtig bestehenden Fabriken in Staatsregie auf das weitestgehende Rechnung zu tragen; der Fortbestand der vorhandenen Tabakfabriken soll durch die Einführung des Monopols nicht in Frage gestellt werden; aus dem Reinertrage des Monopols sollen den Kantonen nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer 25 Proz. überwiesen werden mit der Verpflichtung, die betreffenden Quoten zur Hebung des Volksschulwesens zu verwenden.

Frankreich.

Die Revision des Dreyfus-Prozesses. Der „Temps“ meldet offenbar offiziös, die am Montag beginnende Revisionsverhandlung werde die ganze Woche dauern. Der Berichterstatter Ballot de Beaupré und der Generalprokurator Manau sowie der Anwalt Marnard werden jeder anderthalb Tage reden. Am Freitag dürfte der Kassationshof beraten und am Sonnabend das Urteil fällen. — Der oft gut unterrichtete „Courrier du Soir“ bestätigt, daß im Kassationshof eine Majorität für die Revision mit Verweisung vor ein neues Kriegsgericht vorhanden ist. Eine starke Minorität werde für die Revision ohne nochmalige Aufnahme des Prozesses stimmen.

Der „Figaro“ sucht in einem längeren Artikel die Schuld Esterhazys zu beweisen. Das Blatt entwirft ein Bild des früheren Majors auf Grund seiner verschiedenen Äußerungen und seiner Briefe an Frau Bonaparte. Ein Brief Esterhazys beweise, daß er den Märdern im August 1804 beiwohnte; die im Vorbereitungsamt aufgeführten drei Mütterungen bezüglich der Artillerie beendeten ohne Zweifel die drei im Lager von Châlons im August 1804 angestellten Versuche. Ferner sieht der „Figaro“ Beweise für die Schuld Esterhazys in den von ihm erzählten Reden, durch welche er die Gehilichkeit der Schrift des Vorderaus mit der seinigen zu erklären suchte und in den dem Untersuchungsrichter Vertulius in der Wohnung Esterhazys beschlagnahmten Briefen, die auf Vauspapier geschrieben waren, welches die Sachverständigen mit demjenigen des Vorderaus für identisch erklärt haben. Schließlich wird auf eine Aussage des englischen Generals Talbot hingewiesen, welcher erklärt haben soll, daß Esterhazy für einen Tausendfrankenschein käuflich sei.

Aus französischen Kolonien. Der „Matin“ veröffentlicht einen Brief eines französischen Ansehlers auf Guadeloupe, in welchem es heißt, daß in letzter Zeit bald auf diesem, bald auf jenem Punkte Guadeloupes Brände stattgefunden hätten. Die „Dépêche Coloniale“, welche einen ähnlichen Brief veröffentlicht, führt diese Brände auf revolutionäre Umtriebe zurück und sagt, unter diesen Umständen hätten bereits elf französische Familien beschlossen, Guadeloupe zu verlassen.

Norwegen.

Christiana, 25. Mai. Das Störching bewilligte einstimmig ohne Debatte die von der Regierung geforderten außerordentlichen Ausgaben für Heer und Flotte in Höhe von 111 Millionen Kronen.

Rußland.

Gefängnis-Grauel.

Von einem schrecklichen Ereignis, welches sich Mitte April im Moskauer Transportgefängnis abgepielt hat, erhalten wir erst jetzt Kunde. Am 15. (3.) April begab sich der im Februar verhaftete Student Hermann Liewen mit Petroleum, band sich darauf fest ans Bett und zündete seine petroleumdurchdrännte Kleidung an. Um 4 Uhr früh wurde er, in einen unkenntlichen Klumpen Fleisch verwandelt, nach dem Krankenhaus gebracht. Die Leiche wurde nach Nischin Norogorod übergeführt, wo sie mit Gesang und Strängen auf dem Bahnhofs empfangen und nach dem Kirchhofe geleitet wurde. Zwei Tage darauf fand in Moskau zu Ehren des in so schändlicher Weise Verstorbenen eine Demonstration statt, an welcher sich gegen 400 Personen, meist aus den Kreisen der studierenden Jugend, beteiligten.

Türkei.

Areta und die „Schymnächte“. Nach einer Meldung des „Standard“ werden die Truppen der vier Schymnächte Ende Juni aus Areta zurückgezogen werden.

Amerika.

Admiral Rauh, der das Bombardement von Apia veranlaßt hatte, ist von Samoa abberufen. Er wird mit dem Kreuzer „Philadelphia“ von Samoa nach New York zurückkehren. Die „Philadelphia“ wird vor Apia durch den jetzt in Valparaiso befindlichen Kreuzer „Newark“ ersetzt.

Partei-Nachrichten.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung** wurde in Braunschweig der Genosse Karl Weiche zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Er soll einen jungen Barbiergehilfen durch drohende Worte zum Besuche einer Barbierverammlung veranlaßt haben, in der über die Lohnbewegung im Jahre 1895 ein Referat gehalten wurde. Weiche bestritt zwar die ihm zur Last gelegte Verführung und beantragte die Ladung eines Entlastungszeugen, der Antrag wurde aber abgelehnt und die erwähnte Verurteilung ausgesprochen.

— **Die Flugblattverteilung für den Frankfurter Brauerstreik** hatte ein Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht. Drei Genossen, welche in Nied verteilt, waren mit Strafzetteln von je 3 M. von der Bürgermeisterei wegen Uebertretung des § 10 des Preussischen Preßgesetzes bestraft worden. Da eine Uebertretung des Gesetzes überhaupt nicht vorlag, kam nur die unerlaubte öffentliche Verbreitung in Betracht. Dem Genossen 2. konnte eine öffentliche Verbreitung nicht nachgewiesen werden und wurde er freigesprochen; hingegen soll gegen die Genossen 3. und 4. darüber Beweis erhoben werden, ob, wie der als Zeuge vernommene Ortsdiener Traband behauptete, eine Verteilung in einer Wirtschaft erfolgt ist. In diesem Zweck wurde die Strafsache vertagt.

— **Strafzettel auf Strafzettel** folgen gegen die Frankfurter Arbeitervereine wegen Nichtbefolgung der §§ 2 und 10 des Vereinsgesetzes. Auch die Mitglieder der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wurden mit Strafverfügungen bestraft. — Ferner erhielt auch der Vertretendemann des Gewerkschaftskartells einen Strafzettel von 10 M., weil er zwei unbekannt Leute angewiesen haben soll, vor einer Fabrik Flugblätter über den Frankfurter Brauerstreik zu verteilen.

Deutsche Arbeiter!

Kameraden! Die dänischen organisierten Kapitalisten haben den Gewerkschaften begangen, eine Aussperrung von 30 000 Arbeitern vorzunehmen. Von heute, Mittwoch, den 24. Mai, sind auf diese Weise 100 000 Männer, Frauen und Kinder brotlos gemacht und dem Hunger und der Not auf unbestimmte Zeit übergeben worden. Aus diesem Anlaß erlauben sich die dänischen organisierten

Arbeiter, sich an ihre Klassenbrüder in Deutschland mit der Bitte um Hilfe zu wenden. Unser Land zählt nur 2 1/4 Millionen Einwohner, und die gesamte Zahl der organisierten Arbeiter beträgt 70 bis 80 000; hieraus geht hervor, daß die Zahl derer, welche durch den brutalen Gewaltstreik der Kapitalisten auf die Straße geworfen worden sind, ungefähr die Hälfte der Mitglieder unserer Organisation ausmacht, und daß es deshalb unmöglich ist, ihnen aus unseren eigenen Kräften längere Zeit eine genügende Unterstützung zu gewähren. Leider ist alle Aussicht vorhanden, daß der Kampf langwierig wird, weshalb Hilfe doppelt vonnöten ist.

In unserm kleinen Lande haben sich die Arbeiter im Laufe der letzten 20 Jahre mit großer Kraft und Ausdauer eine starke und den Verhältnissen nach zahlreiche Gewerkschafts-Organisation geschaffen. Die Gewerkschaften haben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versucht, unseren Fortschritt zu verhindern. Wir sind verfolgt worden mit Hilfe der Polizei und der Gerichte, sowie durch Maßnahmen von Seiten der einzelnen Unternehmer; man hat sogar versucht, Verräter innerhalb der arbeitenden Klasse grob zu ziehen durch Errichtung von Streibroker-Organisationen; aber alles dieses prallte ab an der Intelligenz und dem stark entwickelten Solidaritätsgefühl der dänischen Arbeiter.

Unsere Organisationen sind erkrankt, und wir sind im Stande gewesen, einen sehr guten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Branchen auszuüben.

In den letzten paar Jahren hat man einen erneuten Versuch gemacht, unseren Einfluß zu brechen und die Arbeiter wiederum zu willenlosen Sklaven der Kapitalisten zu machen. Das Mittel hierzu sind die Organisationen der Unternehmer, welche in einem das ganze Land umfassenden Centralverein vereinigt sind. Dieser Verein, der unter dem Namen „Dänischer Meister- und Arbeitgeberverein“ geht, hat zum Zweck, die einzige Wehr der Arbeiter in dem modernen Klassenkampf, ihre Organisation, zu zerstreuen, und er fühlt sich nun stark genug, diesen Versuch zu machen.

Wie ich schon auf dem Gewerkschafts-Kongreß in Frankfurt a. M. mitteilte, begannen die Kapitalisten ihren Krieg am 2. Mai, indem sie an diesem Tage sämtliche Tischler über das ganze Land in einer Anzahl von 3500 Mann aussperrten. Der Anlaß hierzu war der, daß die Meister und die Gesellen in sieben kleinen Städten der Provinz Jütland sich nicht über den Lohn einig werden konnten, weshalb die Gesellen die Arbeit einstellten. Ein Vorschlag zu einer Uebereinkunft wurde von den Arbeitern verworfen, und gleich benutzten die Kapitalisten diesen Anlaß, eine Aussperrung über die ganze Branche zu verhängen.

Am 10. Mai beschloßen die Gesellen mittelfür, die früher verworfene Uebereinkunft anzunehmen zu wollen; nun aber erklärte der Arbeitgeberverein, daß diese Uebereinkunft nicht mehr bestände, und gleichzeitig stellte man an die Centralorganisation der Arbeiter, „die centralisierten Gewerkschaftsverbände“, eine ganze Reihe unannehmbare Forderungen, welche darauf ausgingen, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitsverhältnisse in Zukunft illusorisch zu machen. Hieraus ging klar hervor, daß der Arbeitgeberverein um jeden Preis den Krieg haben wollte.

Um noch einen letzten Versuch zu machen, den Krieg zu beenden, bot die Zeitung der „Centralisierten Gewerkschaftsverbände“ eine Verhandlung über die verschiedenen Streitpunkte an. Dieses wurde vom Arbeitgeberverein jedoch brutal verworfen und beschloßen, von Mittwoch, den 24. d. Mts., sämtliche Arbeiter der Maschinenfabriken und Eisenereien, also alle Schmiede, Maschinenbauer, Formier, Klempner, Maurer, Zimmerleute, Maler, Stuccature usw., kurz alle im Bauhandwerk und in der Eisenindustrie des ganzen Landes beschäftigten Arbeiter auszusperrten. Die Zahl beträgt einschließlich der schon früher ausgesperrten Tischler mindestens 30 000 Arbeiter. Der Arbeitgeberverein will jedoch noch weiter gehen, indem er seinem Vorstand die Erlaubnis erteilt hat, wenn dieser den Zeitpunkt geeignet findet, eine Aussperrung in allen denjenigen Branchen vorzunehmen, welche unter die Centralorganisation der Kapitalisten gehören.

Der Hintergedanke ist deutlich genug der, zwischen den Arbeitern eine Hungerrivolte hervorzurufen, wodurch ein Anlaß gefunden werden könnte, mit der Polizei und der Militärmacht einzuschreiten, um auf diese Weise den Zusammenhalt der Arbeiter zu ruinieren und der kapitalistischen Reaktion ihre verlorengegangene Position zurückzuerobieren.

Deutsche Kameraden und Kampfgenossen!

Wir fühlen uns sicher darauf, daß Ihr mit uns darin einig seid, daß dies nicht geschehen darf. Es darf den dänischen Kapitalisten nicht gelingen, ihren Fuß auf den Rücken der Arbeiter zu legen. Unser stolzer Organisationsbau, welcher mit ungezählten Opfern und unter großen Entbehrungen von Seiten der Arbeiter aufgeführt worden ist, darf nicht durch die rohe und brutale Macht der Kapitalisten wieder zertrümmert werden. Wir wollen mit zäher Ausdauer, welche unserer Nation eigen ist, kämpfen; aber wir sind nicht allein im Stande, die notwendigen Mittel, um den Krieg zu führen, zu beschaffen.

Deshalb bitten wir Euch, uns so schnell als möglich zu Hilfe zu kommen.

Geldsendungen erbitten wir an unsern Hauptkassierer E. Svendsen, Nömersgade 22, 1. Sal., Kopenhagen K., zu richten.

Alle Aufträge sind unter der Adresse: J. Jensen, Bro-Lägerstrade 11, 1. Sal., Kopenhagen K., dem Hauptcomptoir der „Centralisierten Gewerkschaftsverbände“ zu übersenden.

In der Hoffnung, daß unsere Kameraden in Deutschland einsehen werden, daß es hier gilt, die Gewerkschaftsorganisation der dänischen Arbeiter vom Untergang zu bewahren, sowie daß diese ein bedeutungsvolles Glied bildet in der internationalen Arbeiterbewegung, und daß sie uns deshalb schleunigst helfen werden, zeichne

mit brüderlichem Gruß für die Geschäftsführung der „Centralisierten Gewerkschaftsverbände“:

J. Jensen, Vorsitzender.

XI. Kongreß der Töpfer, Ziegler und Berufsgenossen Deutschlands zu Belten.

Belten, 25. Mai 1899.

Die Beratungen beginnen mit dem Punkt: Arbeitslosen-Unterstützung.

Der Referent, Werner, München, führt aus, daß die Arbeitslosen-Unterstützung für die Organisation in Zukunft genau so notwendig sein wird, wie die jetzt bereits bestehenden drei Unterstützungsarten: die Wanderunterstützung, der Reichsdank und die Wohnregelungen-Unterstützung. Die Leute wollen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Durch die Arbeitslosen-Unterstützung werden die Mitglieder an die Organisation gefesselt. Sie ist zudem ein gutes Agitationsmittel und verhindert das Streibuchen. Auch geht Hand in Hand damit eine Verfürung der Arbeitszeit. Doch ist die Arbeitslosen-Unterstützung nur durchzuführen, wenn die Organisation nicht mehr die große Masse der Ziegler an ihren Hochschulen hängen hat, sondern die große Masse der Ziegler, in allen Orten eine einheitliche Arbeitslosen-Statistik aufzunehmen, damit dem nächstfolgenden Kongreß eine Berechnung zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorgelegt werden kann.

Nach längerer Diskussion wurde die Aufnahme einer Statistik beschlossen und damit die übrigen Anträge für erledigt betrachtet. Es wird nun ein Punkt: der Frankfurter Gewerkschaftskongreß eingeschoben.

Dransel, der demselben als Delegierter beigewohnt hat, erstattet ausführlichen Bericht. Evers fragt an, wie es eigentlich mit den internationalen Beziehungen stehe. Jacobey konstatiert, daß in dieser Hinsicht leider von den Personen, die nach der Richtung arbeiten wollten, sehr wenig geschehen sei. Aber die Kollegen im Auslande sind ebenso nachlässig, wie wir in Deutschland. Notwendig ist, daß im Nachblatt regelmäßige Berichte über die Verhältnisse im Auslande erscheinen. Der Kollege, der mit der

Korrespondenz nach dem Auslande betraut war, hat und elend in Stich gelassen. Von den Ausländern haben am meisten die internationale Solidarität praktisch betätigt die Kollegen in Bulgare, die wiederholt für die Leuchtlampe in unserem Verufe größere Summen einsandten. Als Anlaß des letzten Bulgarestreiks die Führer der Bewegung kurzerhand über die Grenze transportiert wurden, Frau und Kind in Bulgare zurücklassen mußten, habe die Organisation der deutschen Töpfer eingegriffen und mit Vornmitteln die Streikenden in Bulgare ebenfalls ausreichend unterstützt, so daß die Betroffenen Not nicht zu leiden brauchten. (Dransel)

Eine Resolution, die dem Beschluß des Bauarbeiterkongresses, betreffend die Mißstände im Baugewerbe, ihre volle Zustimmung giebt, gelangt hierauf einstimmig ohne Debatte zur Annahme.

Es folgt die Beratung der Statuten-Änderungen.

Angenommen wird ein Antrag des Centralvorstandes, der für eine Unterstützung in Rot geratener Kollegen eintritt.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Statutenberatung zu Ende geführt. Die einzelnen Anträge rufen zum Teil eine längere Debatte hervor. Es wurde beschlossen, den wöchentlichen Beitrag in 3 Klassen einzuteilen; und zwar sollen erhoben werden 20, 25 und 30 Pf. Für die Wanderunterstützung wird festgesetzt, daß an einem Tage nicht mehr als 90 Kilometer a 2 Pf. gezahlt werden sollen. Die Höhe der Streikunterstützung wird bei 30 Pf. Beitrag auf 9 M., bei 25 Pf. auf 11 M., bei 30 Pf. auf 13 M. festgesetzt. Für jedes Kind wird 1 M. extra gezahlt. Die erste Streikwoche wird nur zur Hälfte bezahlt. Für örtliche Verwaltungswende werden den Filialen im allgemeinen 15 Proz. bewilligt. Nur für Berlin bleibt es bei den 40 Proz., wegen des abgeschlossenen Kompromisses zwischen der früheren lokalen und der centralen Richtung.

Eine lebhafteste Diskussion rufen die Anträge hervor, die sich mit dem Anschlag der Ziegler beschäftigen. Es wird schließlich eine, auch von Legien befürwortete Resolution angenommen, die die Schaffung einer selbständigen Zieglerorganisation empfiehlt. Der Kongreß beschließt ferner, dem Verband wieder den Namen Centralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands beizulegen. Weiter wird beschlossen, die Namen sämtlicher Mitglieder und die von diesen geleisteten Beiträge in der Hauptliste sowie den Abrechnungen speciell zu führen, um dem leidigen Restantenwesen, sowie der starken Fluktuation im Mitgliederbestande ein Ende zu bereiten. Das Nachblatt „Der Töpfer“, soll vom 1. Januar 1900 ab wöchentlich erscheinen. Der nächste Kongreß soll im Frühjahr 1901 in Magdeburg abgehalten werden.

Als Sitz der Hauptverwaltung wird Berlin wieder bestimmt.

Als 1. Vorsitzender wird, da Jacobey erkrankt, eine Wiederwahl abgelehnt zu müssen, mit Einstimmigkeit Dransel und zum Hauptkassierer Lother gewählt. Als Sitz des Ausschusses wird Dresden wieder bestimmt und der Vorsitz Bayer übertragen. Als Sitz der Preßkommission mit Werner als Vorsitzenden wird München bestimmt. Als Centrale für die Pflege der internationalen Beziehungen wird den Dresdener Kollegen der Auftrag erteilt, dort eine geeignete Person mit dieser Aufgabe zu betrauen. Als Generalrevisor wird Bruner-Dresden wiedergewählt.

Nach einer längeren Ansprache des Vorsitzenden Jacobey wird der Kongreß um 7 Uhr mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Rudolstadt, 25. Mai 1899.

In der heutigen Sitzung wurden eine Reihe von Anträgen zum Statut erledigt, unter anderen gelangte auch ein Antrag zur Annahme, der die Rechte des Schiedsgerichts, welches bisher nur Streitfragen zwischen Vorstand und Mitgliedern in bestimmten Fällen erledigte, derart erweitert, daß es etwa die Funktionen derjenigen Instanz hat, welche in anderen Gewerkschaften unter dem Namen „Ausschuß“ besteht. Das Schiedsgericht soll aus 15 Personen bestehen, von den Mitgliedern desjenigen Ortes gewählt werden, der zum Sitz des Schiedsgerichts bestimmt wird, und die Aufgabe haben, alle Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes, vorbehaltlich der Berufung an die Generalversammlung zu erledigen.

Neunte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Töpfer.

Rein, 24. Mai 1899.

Zur Beratung steht der neunte Punkt der Tagesordnung: Anträge zum Statut. Hierzu liegen 35 gedruckte Anträge vor. Eine Erhöhung der Reise-Unterstützung wird abgelehnt. Folgender Antrag wird angenommen: „In Zahlreichen, wo Kollegen im Auslande sind und wo vor Zuzug gewarnt wird, soll Reise-Unterstützung nicht gezahlt werden.“ Ferner wird beschlossen, daß auch nach dem Tode eines Mitgliedes dessen Frau ein Sterbegeld gezahlt wird, und zwar nachemjähriger Mitgliedschaft 25 M. und nach fünfjähriger 50 M. Ein Antrag, der den Mitgliedern anderer Verbände bei dem Uebertreten in den Centralverein der Töpfer Befreiung von dem Eintrittsgeld und die vollen Rechte, die der Verein gewährt, zugesprochen will, wird abgelehnt. — Weiter wird darüber, wieviel Geld die Poststellen am Ort behalten dürfen, nichts festgesetzt. Die Generalversammlung beschließt nun folgendes: „Im § 8 Absatz 6 ist der letzte Passus zu streichen. Dafür ist folgender Absatz hinzuzufügen: „Zur Befreiung der Ausgaben der Lokalverwaltung, wie Porto, Verwaltungskosten, Agitation am Orte, Arbeitsnachweis, Kartell, sowie zur Deckung der für regelmäßige Verbreitung des Vereinsorgans entstehenden Ausgaben können die Filialen 15 Proz. der Beiträge verwenden.“

Eine Reihe weiterer Änderungen dienen für die Öffentlichkeit wenig Interesse.

In der Nachmittags-Sitzung werden zwei Hamburger Anträge angenommen, die die Thätigkeit des Vorstandes und das Verhältnis des Vorstandes und des Ausschusses zu einander regeln. Ferner wird beschlossen, daß in Zukunft nur alle drei Jahre eine Generalversammlung stattfinden soll. Auf 150–200 Mitglieder soll ein Delegierter gesandt werden dürfen. Von den Änderungen am Streikreglement ist zu erwähnen, daß bei Angriffstreiks mindestens zwei Wochen vor der Einreichung der Forderungen dem Vorstand Bericht zu erstatten ist, und zwar über die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber die Forderung, über die Zahl der am Ort beschäftigten Kollegen, die Zahl der Organisierten und dergleichen. Zu § 12 wird beschlossen, daß bei Angriffstreiks die Karenzzeit für Unterstützungen acht Tage beträgt.

Es folgt der 10. Punkt: Die Vorteile einseitiger Tarifabmachungen; die Streiks. Winkelmann führt dazu aus: Einen einseitigen Lohnarif für ganz Deutschland einzuführen, halte er für unmöglich, wohl aber könne man ihn für die einzelnen Provinzen anstreben. In den größeren Städten seien für Wohnungsmiete und für sonstige Lebensbedürfnisse die Kosten im wesentlichen wenig verschieden. Die Löhne aber seien je nach den Gegenden sehr ungleich. Die Ursache der geringen Löhne sei nicht die Schumpkonkurrenz. Von einseitigen Lohn-tarifen hätten die Unternehmer ebenso Vorteil wie die Gehilfen, weil dadurch die Schumpkonkurrenz unmöglich gemacht werde. Wären die Lohnverhältnisse einheitlich, so würde der Zuzug der Arbeitskräfte nach den Großstädten aufhören. Die sächsischen Bierfabrikanten werfen ihre Ware zu unglücklich niedrigen Preisen auf den Markt. Sie können das nur auf Grund der hundertfachen Löhne, die sie für die überaus schwere Arbeit der Bierbrenner zahlen. Am schlimmsten ist es in Zwickau. Vorzugsweise in der Bierbrennindustrie ist es möglich, einheitliche Lohnsätze aufzustellen, dagegen sind die Herstellungskosten in der Porzellanindustrie so verschieden, daß die Möglichkeit, einen Lohnarif aufzustellen, ausgeschlossen ist. In Hamburg ist es gelungen, die zerrissenen Lohnverhältnisse durch Tarifabmachungen einheitlich zu machen. Es ist zu empfehlen, die Frage in den Versammlungen zu erörtern und nicht mehr aus dem Auge zu lassen.

Ulrich Bremen giebt einen Ueberblick über die Lohnbewegungen im letzten Jahre, und zieht daraus die Lehre, daß man nicht zu hohe Lohnforderungen stellen dürfe, weil sonst der Widerstand der Unternehmer zu hartnäckig und die Gefahr der Erfolglosigkeit zu groß sei. Eine mäßige Lohnbewegung vermindere nicht nur die Mitgliederzahl, sondern nehme auch den Kollegen das Vertrauen zum Verein, und diese Folgen würden erst nach Jahren verwunden. Die Hauptsache sei, hohe Lohndorderungen zu haben.

Schulze-Waldenburg betont, man müsse vor allem nach Abschaffung der Accordarbeit streben.

Um 8 Uhr abends wird die Verhandlung auf Donnerstag früh vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Filzschuh-Fabrik von Rosenberg in Berlin entstanden am 24. d. M. zwischen dem Fabrikanten und den Arbeitern bei Einführung eines neuen Artikels Differenzen. Herr Rosenberg wollte für die Arbeit pro Tag 1.80 M. zahlen, während die Arbeiter als äußerstes Minimum 2 M. verlangten. Nach längerem Sträuben wurde den Arbeitern die Forderung zugestanden.

Lohnverhältnisse in der Zimmererei und Steinmeherei. Das Statistische Amt der Stadt Berlin veröffentlicht für das Jahr 1897 eine lohnstatistische Zusammenstellung auf Grund von Zählkarten, deren Ausfüllung die „Norddeutsche Bau- und Gewerkschaftsgenossenschaft“ aus den Lohnlisten ihrer Zimmererei- und Steinmehereibetriebe besorgt hat. (Die Zählkarten für die wenigen weiblichen Beschäftigten sind außer Betracht geblieben.) Aus den Zimmererei-Betrieben der Berufs-genossenschaft gingen Zählkarten über insgesamt 9391 Beschäftigte ein, darunter namentlich 177 Polierer (einschl. 7 Postengelassen), 137 Tischler, 8103 Zimmergesellen, 50 Techniker, 182 Lehrlinge (einschl. 5 Arbeits- und Laufburschen), 652 Arbeiter. An Lohn belamen die Polierer usw. pro Tag 4,75—8,50 M., davon 43,5 Proz. bis 6 M., 56,5 Proz. über 6 M. Die Techniker von unter 3,00 bis über 10,00 M., davon 68 Proz. bis 6 M., 32 Proz. darüber; die Tischler von unter 3,50 bis über 6,00 M., davon 71,5 Proz. bis 6 M., 28,5 Proz. darüber. Bei den Zimmergesellen waren am stärksten vertreten die Tagelohn-Klassen 4,75—5,00 M., 5,00—5,25 M., 5,25—5,50 M. mit 30,2, 22,9, 16,5 Proz., außerdem belamen 21,2 Proz. von unter 2,50—4,75 M., 9,2 Proz. von 5,50 bis über 7,00 M.; bei den Arbeitern waren am stärksten vertreten die Klassen 2,75—3,00 M., 3,00—3,25 M., 3,25—3,50 M. mit 21,9, 17,0, 17,0 Proz., außerdem belamen 17,6 Proz. von unter 2,00—2,75 M., 26,4 Proz. von 3,50 bis über 5,00 M. Die Lehrlinge usw. belamen von unter 1,00 bis über 2,50 M., 48,9 Proz. bis 1,50 M., 51,1 Proz. darüber. Die Beschäftigungsdauer in ein und demselben Betriebe war am höchsten bei den Polierern usw., von denen allein 42,9 Prozent über 300 Tage und 36,2 Proz. 201—300 Tage beschäftigt waren; ähnlich bei den Technikern, 34 Proz. über 300 Tage und 30 Proz. 201—300 Tage. Ueber 300 Tage bzw. 201—300 Tage in demselben Betriebe beschäftigt waren dagegen von den Tischlern nur 5,1 und 12,4 Proz., von den Zimmergesellen 3,3 und 7,8 Proz., von den Arbeitern 4,1 und 3,8 Proz. Von den Tischlern waren allein 44,5 Proz., von den Zimmergesellen 66,3 Proz., von den Arbeitern sogar 77,0 Proz. nicht über 50 Tage in demselben Betriebe beschäftigt. Die Lehrlinge usw. hatten meist eine lange Beschäftigungsdauer aufzuweisen, über 300 Tage 18,7 Proz., 201—300 Tage 34,6 Proz., dagegen nicht über 50 Tage nur 12,6 Proz. Aus der Steinmeherei gingen Karten über insgesamt 2565 Beschäftigte ein, darunter namentlich 20 Polierer, Werkführer und Meister, 145 Schleifer, 1242 Steinmehere, 300 Bildhauer, 12 Techniker, 120 Lehrlinge (einschl. 5 Burschen), 590 Arbeiter. Der Lohn betrug für die Polierer usw. pro Tag 4,75 bis über 10 M., davon 30 Proz. bis 7 M., 70 Proz. darüber; für die Techniker 4—10 M., davon 75 Proz. bis 7 M., 25 Proz. darüber; für die Bildhauer von unter 3 M. bis über 10 M., davon 26,3 Proz. bis 6 M., 56,7 Proz. 6—8 M., 17 Proz. über 8 M. Bei den Steinmehern waren besonders stark vertreten die Tagelohn-Klassen 5,00—5,25 M., 5,25—5,50 M., 5,50—5,75 M. mit 8,8, 10,1, 8,3 Proz.; von unter 2,50—5,00 M. belamen 40,3 Proz., von 5,75 bis über 7 M. 31,5 Proz. Von den Schleifern belamen 20,7 Proz. bis 3,50 M., 65,5 Proz. 3,50 bis 5 M., 13,8 Proz. 5 bis über 6 M.; von den Arbeitern 39,5 Proz. bis 3 M., 63,2 Proz. 3—4 M., 7,3 Proz. über 4 M. Die Lehrlinge usw. belamen von unter 1 bis über 2,50 M., davon 65 Proz. bis 1,50 M., 35 Proz. darüber. Die höchste Beschäftigungsdauer in ein und demselben Betriebe hatten die Polierer usw., allein 50 Proz. über 300 Tage und 45 Proz. 201—300 Tage; ferner die Techniker, 58 Proz. über 300 Tage, 33 Proz. 201—300 Tage. Ueber 300 Tage bzw. 201—300 Tage in demselben Betriebe beschäftigt waren dagegen von den Schleifern nur 15,0 und 25,5 Proz., von den Steinmehern nur 2,3 und 24,4 Proz., von den Bildhauern nur 0,3 und 22,7 Proz., von den Arbeitern 8,5 und 18,5 Proz. Andrerseits waren von den Schleifern 24,8 Proz., von den Steinmehern 40,8 Proz., von den Bildhauern 41,7 Proz., von den Arbeitern sogar 50,5 Proz. nicht über 50 Tage in demselben Betriebe beschäftigt. Bei den Lehrlingen usw. war die Beschäftigungsdauer bei 18,3 Proz. über 300 Tage, bei 40 Proz. 201—300 Tage, andrerseits bei 13,3 Proz. nicht über 50 Tage.

Deutsches Reich.

Ein sozialdemokratischer Obermeister. Aus Flensburg wird berichtet: Gestern konstituierte sich hier unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters eine Zwangsinnung für das Schneidergewerbe. In den Vorstand wurden durchweg Gegner der Zwangsinnung und als Obermeister unser in schleswig-holsteinischen Parteikreisen wohlbekannter Genosse Heinrich Kahle, der schon zweimal im hiesigen Kreise als Reichstagskandidat aufgestellt worden war, gewählt. Kahle war bis Anfang dieses Jahres Hauptassistent des Centralverbandes der deutschen Schneider und ist gegenwärtig noch Bevollmächtigter der hiesigen Jahreshalle des Verbandes. Man sieht, die Leitung der neuen Zwangsinnung ist in den besten Händen!

Aus Stettin wird gemeldet: Die hiesigen Seeleute sind in den Ausstand getreten und haben die Schiffe verlassen. Dieselben verlangen wesentlich höhere Löhne. Ein Teil der Ausständigen ist bereits abgereist. Vom Polizeidirektor ist eine Verammlung der Kapitäne und der ältesten Leute der im Ausstand befindlichen zusammengelassen behufs einer gegenseitigen Verständigung. Die Verhandlung verlief ergebnislos und wurde den Ausständigen angedroht, daß, soweit Konfliktbruch vorliegt, sie durch die Organe der Schiffsfahrtpolizei zwangsweise an die Arbeitsstätte zurückgeführt werden.

Die Sturcateure in Dresden haben am 20. Mai gekündigt und werden am 5. Juni in den Ausstand eintreten. Der Zugang nach Dresden ist fernzuhalten.

Die Schweriner Bauarbeiter sind behufs Erringung eines Stundenlohnes von 32 Pf. in einen Streik eingetreten. Zugang ist fernzuhalten.

Der Streik der Zimmerer in Halle ist beendet. Die Ausständigen haben bis auf drei Firmen, über welche die Sperre verhängt ist, ihre Forderungen durchgesetzt.

Die Barbiergehilfen in Forzheim beabsichtigen in eine Lohnbewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und Schluß der Geschäfte an einigen Werktagen einzutreten. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Der Verband bayerischer Eisenbahn-Werkstätten- und Betriebsarbeiter, der gegenwärtig eine Mitgliederzahl von tausend Personen aufweist, giebt jetzt in Schweinfurt eine Fachzeitung heraus, die monatlich zweimal erscheint.

Der Bäckerstreik in München ist nach vierwöchentlicher Dauer mit einem Sieg der Gesellen beendet. Ueber diejenigen Meister, die die Forderungen noch nicht bewilligten, ist die Sperre verhängt.

Aus dem lothringischen Saarrevier schreibt man uns: Der vor kaum 8 Tagen begelegte Ausstand der Bergarbeiter auf den de Wendelschen Gruben in Rosseln und denjenigen der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft in Spittel-Rarlingen scheint,

dank der Haltung der Grubendirektionen, von neuem ausbrechen zu wollen. Unsere kürzlich an dieser Stelle ausgesprochene Vermutung, daß es sich bei dem seitens der Direktionen während des letzten Streiks an die Ausständigen gestellten Ansinnen, vor allem erst wieder zur Arbeit zurückzuführen, ehe von Verhandlungen mit ihnen die Rede sein könne, lediglich um eine leere Ausflucht handelte, hat allem Anschein nach das Richtige getroffen. Denn jetzt, nachdem die Streikenden auch in diesem Punkte dem Wunsche ihrer Arbeitgeber entgegengekommen und, ohne jedes bindende Zugeständnis der Direktionen, lediglich auf das Versprechen der Erfüllung ihrer hauptsächlichsten Forderungen hin wieder angefahren sind, zeigt sich es, daß ihr Vertrauen auf das gegebene Unternehmerwort ein unbegründetes war. Statt die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen und diesen damit wenigstens dasjenige zu gewähren, was auf den fiskalischen Saargruben jenseits der preussischen Grenze längst durchgeführt ist, behaupten die Direktionen, den Wünschen der Knappen nicht entsprechen zu können, ohne dadurch die Interessen der Grubengesellschaften allzusehr zu gefährden. Die Arbeiter kommen jetzt zur Ueberzeugung, daß man sie geprellt hat und treten neuerdings in den Ausstand. In Klein-Rosseln (de Wendelsche Werke) waren gestern bereits wieder 200 Mann ausständig, auf den Schächten von Spittel-Rarlingen sogar 470 von im ganzen 600. Die Zahl der Streikenden nimmt von Schicht zu Schicht zu, da die zwischen den kürzlich gewählten Grubenarbeiter-Ausschüssen und den Direktionen gepflogenen Unterhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Wenn der Ausstand wieder einen größeren Umfang annehmen und der lothringischen Industrie in kürzester Frist einen zweiten erschütternden Stoß versetzen sollte, so ist die Schuld hieran einzig und allein den Grubengesellschaften beizumessen, die bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitern Treu und Glauben beiseite setzen zu dürfen meinen.

Der elsass-lothringische Textilarbeiterverband ist vom reichs-ländischen Ministerium endlich genehmigt worden. Die Statuten des Verbandes waren im Mai 1897 der Behörde zur Bestätigung eingereicht worden. Sollte zwei Jahre hat man in Straßburg also dazu gebraucht, um die Entscheidung darüber zu treffen, ob eine sachgewerbliche Vereinigung der Textilarbeiter sich vertrage mit der Sicherheit der Reichslande.

Ausland.

Die Generalversammlung des schweizerischen Typographenbundes, die in Baden bei Zürich tagte, zählte 500 Teilnehmer. Es wurde die Anstellung eines ständigen Buchdruckersekretärs beschloffen, ferner soll der Anschluß an die ausländischen Buchdruckerverbände und die Erhöhung der Umzugskosten für verheiratete Mitglieder durchgeführt werden.

Der Internationale Bergarbeiter-Kongreß beschäftigte sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen mit der Frage des Minimallohnes. Das Land und Carex (England) sind für Festlegung eines Minimums; der letztere für gesetzliche Regelung, damit der Bergmann nicht mehr abhängig von dem Willen der Unternehmer und den Marktpreisen. Brown (Schottland) spricht sich für Nationalisierung der Bergwerke aus. Brenez (Belgien) und Durt (England) betonen, daß der Minimallohn für jedes Land bzw. jeden Distrikt je nach den Verhältnissen besonders festzusetzen ist. Schröder (Österreich) erinnert daran, daß die Arbeiterhaft nicht vergessen dürfe, nach der politischen Macht zu streben, um wirtschaftliche Verbesserungen sich zu verschaffen. Der Kongreß verließ hierauf dieses Thema, nachdem sich alle Nationen (mit Ausnahme der Vertreter der Bergleute von Northumberland) für die gesetzliche Festlegung eines Minimallohns ausgesprochen hatten. Der nächste Punkt ist: Internationale Reglementation der Produktion. Alle Redner sprechen sich gegen die Ueberproduktion und die Ueberarbeit aus. Die Ueberproduktion an Kohlen gebe den Unternehmern das Mittel, den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten, die Löhne niedrig zu halten. Um eine Einschränkung der Produktion zu erreichen — auch darin waren sich alle Redner einig — müssen vor allem starke Organisationen vorhanden sein. — Sodann nimmt der Kongreß eine Resolution an, welche die Errichtung staatlicher Alterspensionskassen für die Bergleute verlangt. — Die Genossen Liebnecht, Singer, Adler, Plechanoff und Nonkam, die sich bekanntlich gegenwärtig zur Vorbereitung betreffend den nächsten internationalen Kongreß in Brüssel aufhalten, wurden als Gäste von den Delegierten mit lebhaftem Beifall empfangen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber das Schauspielereinnahmen-Geld machte die Schauspielerin Nina Mardon in Dresden in einem diesbezüglichen Vortrag, den sie in einer öffentlichen Versammlung des dortigen Vereins „Rechtsschutz für Frauen“ hielt, sehr wichtige und sicher allgemein interessierende Angaben. Die Thatsache, daß der Bühnenberuf, vor allem der Frau, sich heute nicht genügender Achtung erfreue, wurzle hauptsächlich in materiellen Uebeln. Auch im Bühnenleben werde den Künstlerinnen genau so wie jedem Lohnarbeiter gegenüber der Grundbesitz gepflegt, daß weibliche Arbeitskraft billiger sein muß als männliche. Die Anfangssumme beträgt bei einer Schauspielerin 50—150 M. Diese Summe reicht bei weitem nicht zur Anschaffung der Kostüme. Selbst bei bedeutenden Künstlerinnen reicht die Gage im Durchschnitt nicht für den Toilettenbedarf aus. Manche Schauspielerinnen müßten für Toilette in einer Woche so viel ausgeben, als sie in einem halben Jahre verdient. Zur Beschaffung der Kostüme auf eigene Kosten werden aber die Schauspielerinnen kontraktlich durch den sogenannten Kostümparagraphen der Vereinbühnen, denen nur die besseren Theater angehören, verpflichtet, während den männlichen Bühnenmitgliedern historische Kostüme von der Theaterleitung geliefert werden. Eine Schauspielerin aber, die heute nicht den Toilettenluxus mitmachen kann, läme trotz aller Talente nicht vorwärts. So sei dieser Kostümparagraph in seiner logischen Konsequenz eine direkte Protektion und Sanktionierung des Dirnenums. Habe doch eine Schauspielerin auf ihren Einwand, daß ihre Gage nicht zur Beschaffung der Kostüme reiche, die lakonische Antwort erhalten: „Ja, liebes Kind, wozu haben wir denn zwei Kavallerie-Regimenter in der Stadt?“ (Ebenso entwürdigend und verwerflich sei der sogenannte Heiratsparagraph, der in dem Grundgesetz gipfeln: sobald eine Schauspielerin Frau geworden ist, taugt sie nichts mehr für eine bessere Bühne. Angeht solcher Zustände müßten die Bühnenkünstlerinnen mehr auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen werden. In der Diskussion über den Vortrag wies dann noch Frau Strist, die bekannte, ziemlich radikale Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung, darauf hin, daß die elende Lage der Schauspielerinnen lediglich eine Folge der bestehenden sozialen wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Auch im Bühnenberufe übersteige das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage um 10 Proz. Die Ausführungen des Fräulein Mardon sind um so wertvoller, weil sie sicher auf eigener Anschauung und Erfahrung basieren. Die Bühnenkünstlerinnen aber in absehbarer Zeit von dem Wort der Organisation zu überzeugen, dürfte der bürgerlichen Frauenbewegung doch so leicht nicht gelingen. Gilt es doch, da eine ganze Welt von Vorurteilen und Hindernissen zu beseitigen.

Der erste Mai ist als Arbeiterfeiertag von der französischen Frauenzeitung „La Fronde“ (bürgerliche Frauen) gefeiert worden. In einem schwingvollen Artikel, „Die Verbrüderung der Völker“ überschrieben, wird er als die Vorfeier eines kommenden ewigen Frühlings gepriesen, der aller Not ein Ende machen, alle Sklavenketten brechen wird. Was sagen unsere deutschen Frauenrechtlerinnen zu der Courage ihrer französischen „Schwestern“?

Einen Frauen-Gewerbeverein haben die Seherinnen der Pariser Zeitung „La Fronde“, die bekanntlich nur von Frauen geschrieben und gedruckt wird, ins Leben gerufen.

Sociales.

Für den Kongreß der Krankenkassen Deutschlands, der Sonnabend, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr in den Arminshallen mit einer konstituierenden Vorversammlung beginnt, ist folgende

provisorische Tagesordnung aufgestellt worden: 1. Zweck, Ziel und Organisationsform der Krankenkassen-Bewegung. Referent Dr. Friedberg. 2. Stellung der Krankenkassen zum neuen Invaliditätsgesetz und zu den notwendigen Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes. Ref. Reichstags-Abg. Durm. 3. Stellung der Krankenkassen zum Unfallversicherungs-Gesetz. 4. Die Beschlüsse des 27. deutschen Kerkeltages. Ref. Dr. Curt Freudenberg. 5. Centralisation der Krankenkassen. Ref. Herr Dähne. 6. Ergebnisse des Tuberkulose-Kongresses. Es liegen dem Kongresse bereits 16 Anträge vor. Sie sind hauptsächlich gerichtet auf Befreiung der Lade zwischen Kranken- und Invaliditätsunterstützung, gründliche Ueberbildung der Behandlung Schwindsüchtiger auf die Invaliditäts-Versicherung, Abwälzung der Unterstützung Unfallverletzter von den Krankenkassen, Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Personen, deren Einkommen nicht 2000 M. übersteigt und Stellung gegen die Beschlüsse der preussischen Kerkelkassen bezüglich der freien Arztwahl und der Arzthonorare.

Alters- und Invalidenversicherung. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Privatlehrern und Lehrerinnen in Berlin nahm mit großer Mehrheit folgende Resolution an:

„Die versammelten Lehrer und Lehrerinnen von Privatschulen erkennen die geplante zwangsweise Einbeziehung der Privatlehrer und -Lehrerinnen in die Reichs-Invalidenversicherung als dankenswerten Anfang für die Sicherstellung ihrer Zukunft an.“

Eine Kolonialdebatte in der italienischen Kammer.

Rom, 26. Mai.

In der Deputiertenkammer steht auf der Tagesordnung die Regierungserklärung. Garzilai und Colajanni sprechen sich gegen die Art und Weise aus, in welcher die letzte Ministerkrise gelöst worden ist. Crispi, der von Colajanni angegriffen ist, ergreift das Wort und erklärt, er habe niemals die Absicht gehabt, nach Massauah zu gehen, vielmehr habe er im Jahre 1882 alles, was er konnte, gethan, um Italien zu einem Zusammengehen mit England in Aegypten zu veranlassen. Später habe er die Besetzung von Massauah als vollendete Thatsache hingenommen wissen. Als Baratieri im Jahre 1889 zum Gouverneur von Erythraa ernannt wurde, sei er gar nicht Minister gewesen. Baratieri habe keine Berechnung über die Zahl der Feinde angestellt und nach seinem eigenen Ermessen handeln wollen. Er erwartete nicht die nötigen Berichte und so trat die Katastrophe ein. (Heftige, anhaltende Unterbrechungen seitens der äußersten Linken, Lärm und Purse verschiedener Art von allen Seiten des Hauses.) Der Präsident bittet vergeblich um Ruhe; der Lärm dauert fort. Der Präsident suspendiert die Sitzung und läßt die Tribünen räumen. Nach einer Viertelstunde wird die Sitzung wieder aufgenommen. In Erwiderung auf die von Colajanni wegen Aduas gegen ihn gerichteten Angriffe erklärte Crispi, er werde nun beweisen, daß sein damaliges Kabinett nicht verantwortlich gewesen sei für die Haltung Baratieris und Schriftstücke vorlegen, welche darthun, wie sein Verhalten damals gewesen sei. (Lebhafte Zustimmung.) Mirabelli und der Sozialist Ferri wenden sich gegen die von der Regierung herbeigeführte Lösung der Krise. Ferri äußert, die Soldaten seien in Afrika müdig vorgegangen, aber ein General habe die Flucht ergriffen. Diese Aeußerung ruft große Unruhe hervor. Der Präsident fordert Ferri auf, seine Worte zurückzunehmen. (Beifall auf der Rechten und im Centrum.) Ferri weigert sich, dies zu thun. Der Ministerpräsident Pelloni ersucht den Präsidenten der Kammer, dahin zu wirken, daß Ferri seine Aeußerungen zurücknehme; der Präsident fordert Ferri ernstlich auf, dies zu thun. Letzterer verbarrt auf seiner Weigerung inmitten großen Lärms. Der Präsident hebt hierauf unter dem Beifall der Rechten und des Centrum und unter lebhafter Bewegung des Hauses die Sitzung auf.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ueberschwemmungen.

Nachst i. E., 26. Mai. (B. G.) In der Ortschaft Kaufungen ist gestern Nachmittag ein **Wolkenbruch** niedergegangen, wodurch die Mulde in einen reißenden Strom verwandelt wurde. Mehrere Brücken sind eingerissen, Bäume entwurzelt und auch sonst großer Schaden in Feld und Wald angerichtet. Für heute ist Hochwasser gefähr aus dem Gebiet von Fischpau und der Fischpauer Mulde signalisiert. Hier in Nachst wies die Mulde, die noch im Steigen begriffen ist, schon heute Morgen einen Wasserstand von 2,85 Meter auf.

Wien, 26. Mai. (B. G.) Infolge des fortwährenden Regens welters mit **Wolkenbrüchen** sind Donau und March über ihre Ufer getreten und haben weite Strecken überschwemmt.

Frankfurt a. M., 26. Mai. (B. G.) Wie der „Frankf. Ztg.“ telegraphisch aus Darmstadt gemeldet wird, ist heute ihr verantwortlicher Redacteur **Alexander Giehn**, der zur Vernehmung in der wegen des Artikels über den Fall Kähler gegen die „Frankf. Ztg.“ erhobenen Anklage vor den Untersuchungsrichter in Darmstadt geladen war, wegen angeblicher **Kollisionsgefahr** verhaftet worden.

Frankfurt a. M., 26. Mai. (B. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Nachdem das **Angora-Bagdad-Bahnprojekt** in ein akutes Stadium getreten ist, beginnt Rußland hierzu Stellung zu nehmen. Vorläufig hat der russische Botschafter unter Anwendung der Form, welche man als hochförmlich bezeichnet, der Botschaft erklärt, der Ausbau der Angora-Bahn nach Bagdad läme der russischen Grenze und der russischen Interessen schädlich zu nahe, daß Rußland erste Bedenken dagegen haben müßte. Indessen scheint aus den russischen Einwendungen hervorzugehen, daß eine etwaige Verlängerung der Bahn über Konia nach Bagdad, wodurch die projectirte Bahn beträchtlich von der russischen Grenze abgehoben würde, keinerlei Einwendungen von russischer Seite hervorrufen würde.

St. Johann, 26. Mai. (B. G.) Die Grubendirektion von Klein-Rosseln hat, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, durch Schächtanfänger eine Reihe von Zugeständnissen öffentlich bekannt gegeben, so eine 5proz. Lohnerhöhung, Koalitionsfreiheit, ständige Grubenausschüsse. Der neu drohende Ausstand ist damit wohl beseitigt.

Pasau, 26. Mai. Bei der gestrigen Reichstags-Erfahrung in dem 2. Niederbayerischen Wahlkreis (Straubing) an Stelle des Abgeordneten **Ehlinger**, welcher sein Mandat niedergelegt hat, erhielt nach den bisher vorliegenden Resultaten, wie die „Donau-Zeitung“ meldet, **Ehlinger** (Centrum) 3709 Stimmen, **Wieland** (Wauernbund) 2126 Stimmen.

Paris, 26. Mai. (B. L. V.) Heute vormittag fand in der der Societe française gehörigen Patronenfabrik zu Sèvres eine **Explosion** statt, durch welche acht Personen, unter ihnen zwei schwer, verletzt wurden.

Paris, 26. Mai. (B. L. V.) Der Senat genehmigte heute das **Budget**, nachdem er an demselben einige Abänderungen vorgenommen hatte. Wegen der letzteren muß das Budget an die Kammer zurückgehen.

Madrid, 26. Mai. (B. L. V.) Der Kriegsminister **Polavieja** hat eine Depesche erhalten, in der es heißt, die Spanier hätten **Jambonga** geräumt. Die **Filipinos** hätten verlangt, daß ihnen der **Play** mit Waffen und Munition übergeben werde. Die Spanier hätten dies abgelehnt, worauf es zu einem Kampfe gekommen sei, in dem die Spanier einige Verluste gehabt hätten. Die Amerikaner würden zur Zeit **Mindanao** nicht besetzen.

Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Berlin, den 26. Mai.

Dritter Tag.

Die heutige Sitzung eröffnete Geheimrat Seyden mit der Verlesung zahlreicher Glückwunschtelegramme, die von gekrönten Häuptern Europas an den Kongress eingelaufen sind.

Am die gestern nicht erledigten Vorträge entgegenzunehmen, soll am Sonnabend nach Schluß der Verhandlungen der fünften Abtheilung eine besondere Sitzung stattfinden.

Die Leitung der Verhandlungen der vierten Abtheilung:

Die Therapie (Heilkunde) der Lungentuberkulose

übernahm hierauf

Geheimrat von Niemöller-Rüchgen. Er gedachte seines Studiengenossen Dreher und rühmte die unbegrenzte Energie dieses hervorragenden Mannes, des eigentlichen Gründers des Heilstättenwesens. Fast ohne Mittel und bei nicht ganz fester Gesundheit habe er fast aus nichts sein großes Werk geschaffen. Die modifizierte Dreher'sche Kur sei die Grundlage der Schwindsuchtstherapie geworden.

Den ersten Vortrag hielt sodann Professor Curschmann aus Leipzig über die

Heilbarkeit der Lungentuberkulose.

Nach ihm ist die Heilung der Schwindsucht im strengsten Sinne des Wortes außerordentlich selten. Wohl aber sei ein dauernder Stillstand des Prozesses mit mehr oder weniger ausgebreiteter Narbenbildung und Verdünnung des zunächst befallenen Abschnittes des Luftröhrenbaues und damit Abberührung (Einatmung) der besonderen Krankheitserreger häufig das Ergebnis richtiger Behandlung. Freilich behalten die eingelagerten Tuberkelbacillen bis zu zehn Jahren ihre Lebensfähigkeit und pathogenen Eigenschaften. Diese thätigen Patheogenen sind immer noch vorhanden. Dieser dauernde Stillstand kann praktisch als Heilung gelten, wenn die übrigen Lungenabschnitte sich unverändert erhalten und die Kranken bei dauernd günstigem Allgemeinbefinden die frühere Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit erhalten. Von 1078 Kranken, die in den Heilstätten der Kaiserlichen Versicherungsanstalt aufgenommen wurden, erreichten 65 Proz. ihre volle Erwerbsfähigkeit wieder. Die allgemeine Mediansart: Die Schwindsucht ist in allen Stadien heilbar, ist für den Laien geradezu gefährlich. Da der Beginn der Erkrankung, Epizentatarrh der Lungen, am meisten Aussicht auf Heilung bietet, ist die frühzeitige Erkennung der Krankheit von äußerster Wichtigkeit. Die Untersuchungsmethoden müssen noch vervollständigt werden. Unsere Kenntnisse über die Heilungsvorgänge bei der Infektion stehen noch in den allerersten Anfängen. Die erbliche Belastung hindert nicht die Aussichten auf dauernde Heilung. Schlimmer steht es bei dem sogenannten schwindsüchtigen Habitus. In den 60er Jahren stand die Medizin der Lungenschwindsucht ratlos gegenüber; erst Dreher schuf die Grundloggen zur Bekämpfung des Uebels, und wir können sagen wir sind weiter gekommen. (Lebhafter Beifall.)

Der nächste Vortrag des Professor R. Robert - Moskau - früherer Dirigent in Görbersdorf - über die:

Medikamentöse Therapie der Tuberkulose mit Auschluss des Tuberkulins

hat in der Hauptsache nur Fachinteresse für den Mediziner. Professor Robert hat mehrere hundert Fragebogen über die medikamentöse Behandlung der Lungenschwindsucht an Professoren, Kliniker, Aerzte, Chirurgen, Spezialisten versandt und über 200 Antworten erhalten, die sich auf über 50 000 Fälle von tuberkulöser Erkrankung beziehen, die im Jahre 1898 in Behandlung kamen. Alle Befragten waren sich darin einig: ein echtes Specifikum gegen die Lungentuberkulose giebt es nicht. Der zweite traurige Satz lautet: Bei allgemeiner (miliärer) Tuberkulose und bei galoppirender Schwindsucht vermögen wir mit keiner Art der Behandlung das tödliche Ende abzuwenden oder auch nur um einige Wochen hinauszuführen. Dagegen siehe fest, daß wir die beginnende Lungentuberkulose durch die modifizierte Dreher'sche Kur - Ruhe, gute Luft, gute Ernährung, Wasserbehandlung, Lungengymnastik, Abhärtung - so sicher bekämpfen, daß wir Arzneimittel überhaupt nicht nötig haben. Dreher verwarf alle Arzneimittel; das war vor mehreren Jahrzehnten wohl verständlich und berechtigt. Heute muß der Satz auf die Anfangsfälle eingeschränkt werden. Bei vorgeschrittener Lungentuberkulose, bei Hals- und Darmtuberkulose müssen wir Arzneimittel mit zu Hilfe nehmen.

Auch dieser Vortrag fand lebhaften Beifall.

Behandlung der Lungentuberkulose mit Tuberkulin

und ähnlichen Mitteln. Darüber sprach hierauf Professor Brieger - Berlin, ein warmer Verteidiger des Koch'schen Mittels. Er erklärte, durchaus nicht in den jetzt oft gehörten Auf „Weg mit dem Tuberkulin“ einstimmen zu können. Wenn es auch nicht überall helfe, so empfehle sich seine Anwendung doch in bestimmten Grenzen, und in gar vielen Fällen habe es sich glänzend bewährt. Wichtig sei, daß es bei vorgeschrittener Tuberkulose meist wirkungslos bleibe. Besonders bei den Kindern habe man mit Tuberkulinimpfungen gute Resultate erzielt und kein Geringeres als Rudolf Virchow habe es gestern von dieser Stelle aus für Kühe empfohlen. Wenn trotz der vielen guten Resultate bei den Tieren die Verträge sich vielfach scheuten, es auch bei der Totenschnauze anzuwenden, so trage daran die weit verbreitete Verfechtung schuld, daß die Impfung mit Tuberkulin andere Krankheitserscheinungen im Gefolge habe. Aber auch nach dieser Richtung seien die Befürchtungen meist sehr übertrieben. Hohes Fieber stelle sich z. B. auch oft ohne Tuberkulinimpfung bei Lungentrakten ein. Zu seinen Thesen sagt Prof. Brieger: Die beginnende Tuberkulose, d. h. reine Tuberkulose wird häufig, wie die Erfahrung lehrt, durch Tuberkulin günstig beeinflusst. Selbst bei sekundärer Infektion komplizierte Tuberkulose, d. h. Miliäre, wird nicht selten durch Tuberkulin gebessert resp. zum Stillstand gebracht. Auf Grund der hier skizzirten Thatsachen kommt in den Heilstätten für Lungentrakten auch die Anwendung der Koch'schen Tuberkulinpräparate als Heilpotenz in Betracht.

Sie Hermann Weber, ein in Deutschland geborener, jetzt in London lebender berühmter Arzt in vorgerücktem Alter, hielt einen längeren Vortrag über

Klimatische Therapie.

in welchem er den Anteil zu bezeichnen versuchte, den das Klima in der Behandlung der Tuberkulose nehmen kann. Weber giebt zu, daß Heilungen überall vorkommen können, ist aber der Ansicht, daß das Verhältnis der Heilungen entschieden größer ist an klimatischen Kurorten, namentlich an Gebirgs- und Höhenkurorten. Laubwald hält er schon wegen des feuchten Bodens, der sich in den Laubwäldern vorfindet, für den Heilungsprozess nicht für günstig; dagegen glaubt er, daß weniger dichter Wald an südlichen Abhängen, wo also die Sonne überall ungehindert Zutritt hat und besonders Tannenwald einen sehr günstigen Einfluss auszuüben vermag. Das küstliche Klima verbanne seinen Ruf zum Teil der Thatsache, daß die wandernden Wästenbewohner frei von Schwindsucht seien. Die Luft sei dort rein, weist hohen Ozonegehalt auf und sei trocken, aber für Tuberkulose seien dort doch die mit Staub erfüllten Winde oft gefährlich. Das Gleiche gelte von den ägyptischen Kurorten. Das Beste für den Patienten sei und bleibe eine Seereise, wenn der betreffende sonst den Seeaufenthalt vertragen könne.

Dem Vortragenden wurden bei seinem Erscheinen auf der Tribüne Ovationen gebracht, die sich am Schluß seiner Rede in verstärkter Maße wiederholten.

Den Vorsitz hat inzwischen der Wiener Professor und Kehlopfoperateur Herr Schrötter übernommen.

Dr. Dettweiler, der Begründer der nach der Dr. Dreher'schen

schen Anstalt ältesten Heilanstalt in Falkenstein im Taunus, sprach über die

Hygienisch-diätetische Behandlung der Lungentuberkulose

und über Anfallsbehandlung. Wie er ausführte, ist die Lungenschwindsucht nicht als eine einfache, lokale Erkrankung anzusehen, sondern sie ist meist ein Krankheitskomplex, der fast das ganze Gebiet der heutigen Krankheitslehre umfaßt. Denn der von der Schwindsucht befallene Mensch leidet nach kurzer Zeit an Störungen der wichtigsten Organe, die neben der Haupterkrankung die vollste Berücksichtigung heischen. Die Behandlung der Krankheit ist eine Nachstfrage; der Organismus muß in seinem Kampfe gegen die Eindringlinge mit allen erdenklichen Mitteln unterstützt werden. Der Apparat hierfür ist ein äußerst komplizirter. Deshalb verbietet die heutige Anfallsbehandlung unter Leitung allererster Autoritäten vor allen anderen Methoden die höchstmögliche Prozentage von Heilerfolgen und erheblichen Besserungen. Die Behandlungsmethode in den Anstalten besteht zunächst in der sofort und dauernd geübten Leitung, Belehrung und Erziehung des Kranken. In der bis ins kleinste durchgeführten, dem jeweiligen Kräftezustand des Kranken und dem Stadium seiner Erkrankung genau angepaßten Dauer-, Luft- und Ruhekur auch während der Nacht, liegt ein sehr wirksames Heilmittel. Diese Anfallsbehandlung ermöglicht erst die wirksame Behandlung der Schwindsucht in allen vom Extremen freien Klimaten und das Verbleiben der Patienten in der Heimat; in ihr liegt ein großer Teil der Lösung der Heilstättenfrage für alle Kulturländer. Weitere Heilmomente liegen in der in den Anstalten geübten Abhärtung der Haut und deren Pflege vermittelt der richtigen Anwendung der Luft, des Lichtes, des Wassers, in Bädern, Douchen, feuchten und trockenen Abreibungen, in Massage, in der Gymnastik der Brust- und ganzen Körpermuskulatur, in Bergsteigen und ähnlichem. Alle diese Dinge müssen aber in einer dem Kräftevermögen des Kranken durchaus angepaßten Weise vorgenommen werden, ihre Anwendung muß fortgesetzt sachgemäß überwacht werden und das kann nur in einer Anstalt geschehen. Nur hier kann auch eine Ueberwachung in der Ernährung des Kranken durchgeführt werden. Die Hygiene der Wohnung, der Bekleidung, die Desinfektion aller Effekten läßt sich am besten in einer Anstalt bewerkstelligen, auch die Behandlung des Auswurfs und des Hustens läßt sich nur so gewissenhaft leiten. Die Wahl eines gebildeten, begabten, specialfisch vorgebildeten Arztes ist natürlich unerlässlich. Mit ihm steht und fällt die ganze Anfallsbehandlung. Unter dieser Voraussetzung ist aber die Gründung von Heilstätten für Lungentrakten eine nationale Pflicht. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die Reihe der größeren Vorträge erschöpft.

Es folgten

kleinere Referate.

Der Pariser Professor Landouzy und der englische Arzt Coghal sprachen über ihre Erfahrungen in der Behandlung der Tuberkulose.

Professor Maragliano aus Genua ließ durch seinen Assistenten Rascol in deutscher Sprache seinen Vortrag über: Experimentelle Beiträge zur Erforschung der Wirkung der chemisch-diätetischen Behandlung der Tuberkulose zur Verlesung bringen.

Professor Vanderey - Stuttgart berichtete über die Erfolge, die er mit Hautimpfungen von Zimmetsäure gegen die Tuberkulose erzielt hat.

Sehr lebhaften Beifall fand Geheimrat von Schrötter - Wien, der seine Zeit den Kaiser Friedrich in San Remo verbracht hat; er hatte zwei Patienten mit zur Stelle gebracht, die er dem Kongress als geheilt vorstellen konnte. Der eine Patient ist ein russischer Rechtsanwalt, der zweite eine Dame aus Wien. Beide litten zweifellos an schwerer Hals- und Kehlopf-tuberkulose. Die Erkrankung war soweit vorgeschritten, daß Atmenot bestand und zum Luftröhrenschnitt geschritten werden mußte. Auch die Symptome weit vorgeschrittener Lungentuberkulose waren vorhanden. Und doch ist die Heilung teils auf chirurgischem Wege (Nähen mit Milchsaure), in der Hauptsache aber durch Anwendung der diätetisch-physikalischen Heilmethode gelungen. Beide Patienten erfreuen sich, wie der Augenzeuge lebte, des besten Wohlbefindens. Der Vortragende äußerte die frohe Hoffnung, daß es möglich sei, bei geeigneter, gründlicher Behandlung und unter günstigen äußeren Verhältnissen fast jeden Fall der Erkrankung an Tuberkulose zu heilen.

Hervorragendes Interesse weckte der Vortrag des Begründers der wissenschaftlichen Wasserheilkunde, des Wiener Prof. W. Winternitz über die

Hydrotherapie der Lungenschwindsucht.

Der Vortragende sprach es nach einer fast vierzigjährigen reichen Erfahrung mit fester Ueberzeugung aus, daß es kein wirksameres, in allen Stadien der Tuberkulose anwendbares, in der Wirkung von modernsten Gesichtspunkten rationell verständliches Heilmittel giebt, als die Wasserbehandlung, selbstverständlich auch in Verbindung mit allen hygienisch-diätetischen Methoden der Freiluftbehandlung. Redner ist der Ansicht, daß die Wasserbehandlung sowohl die Dispositionen zur Erkrankung an Tuberkulose beseitigt, als auch direkt heilend wirkt; sie verleihe durch Abhärtung die Erhaltungsfähigkeit. Sie stelle wahre Treibhausverhältnisse über den erkrankten Partien her und beeinflusse die lokalen Ernährungsverhältnisse in denselben günstig. Sie bekämpft das Fieber und die Nachtschweiß, sie beseitigt sie ganz und ist damit allen anderen Methoden weit überlegen. Die Wasserkur kräftigt alle bisher bekannten Schutz- und Wehrkräfte des Organismus zur Vermeidung, Ausbreitung und Unschädlichmachung von Mikroorganismen (Kleinstlebewesen) und ihren giftigen Stoffwechselprodukten, ja ruft sie selbst aus.

Aus alledem schloß der Vortragende, daß die methodische und systematische Wasserheilkunde nicht nur in allen Lungentuberkulosen eingesetzt, sondern auch den breiten Schichten des bedrohten oder erkrankten Volkes zugänglich gemacht werden müsse. Das bei den sehr langen Ueberziehungen zu verwendende Wasser hat das feinste und kälteste zur Verfügung stehende zu sein, da es nicht schonender, sondern angreifender ist, wenn man laue Temperaturen verwendet. Selbst bei verlorenen und unheilbaren Fällen bringe die Wasserkur subjektive Erleichterung und erwecke neue Genesungshoffnung.

Professor v. Schweinitz aus Washington sprach über die strittige Frage der Behandlung der Tuberkulose mit Serum. Er hat mit dieser Methode ziemlich günstige Resultate erzielt. Mit großer Schärfe sprach sich der Redner dafür aus, daß die Erzeugung von Serum jeder Art zur Behandlung der Tuberkulose auf eine Reihe von Jahren nur der Staat in die Hand nehmen sollte. Wenn wichtige Erfindungen Geheimnisse blieben und von Fabriken angekauft und ausgebeutet würden, dann könnte nicht viel geleistet werden, jedenfalls in Amerika nicht. Der Redner machte schließlich den Vorschlag, eine ständige internationale Kommission zu errichten, die alle wissenschaftlichen Methoden zur Behandlung der Tuberkulose auf ihren Wert zu prüfen und die wichtigsten Resultate zu veröffentlichen hätte.

Dr. Petrusch - Danzig berichtete über seine nicht ungünstigen Erfahrungen mit Tuberkulin.

Es sprachen noch Dr. Mallart - Genf über die Einrichtung der Genfer Lufkur gegen Tuberkulose, Dr. de la Camp über die Resultate der Lungentuberkulose-Behandlung im neuen Allgemeinen Krankenhaus Hamburg-Eppendorf auf Grund rationaler statistischer Ermittlung der Gewichtsverhältnisse, Dr. Dimitriy - Kurlarew und Dr. Campana - Rom. Die Vorträge hatten aber nur specielles medizinisches Interesse, wurden auch vor kaum 80 Zuhörern gehalten, da die Zeit zur Absicht nach den Heilstätten-Anlagen herangekommen war.

Morgen früh 9 Uhr beginnt die Beratung der Abtheilung V des Kongresses über das Heilstättenwesen.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Unsere städtischen Krankenhäuser sind gegenwärtig mit Kranken so überlastet, daß es sehr schwierig wird, die Neuanmeldungen von kranken Personen um Gewährung der Aufnahme zu berücksichtigen. Um nun diesem Mangel abzuhelfen, hat das Magistratskollegium auf Antrag der Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege beschloffen, auf dem Gelände des Krankenhauses am Friedrichshain zwei Krankenbaracken zur Aufnahme von 128-135 Kranken errichten zu lassen. Die Baukosten für diese Baracken stellen sich nach dem Vorschlage auf 140 000 M., während die Gesamtausstattung derselben mit 40 000 M. berechnet ist. Der Stadtverordneten - Versammlung wird eine diesbezügliche Vorlage zur Genehmigung unterbreitet werden.

Die Verhältnisse in der Stadtgegend der Reichenbergerstraße gestalten sich für die städtische Schuldeputation, welche daselbst Lokalitäten zu Schulzwecken bedarf, immer schwieriger, so daß das Magistratskollegium auf Antrag der Schuldeputation beschloffen hat, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung zur Errichtung einer Schulbaracke auf dem Hofe der Gemeindefabrik in der Reichenbergerstraße, Ecke der Prosterstraße, bezügl. Einrichtung von 4 Klassenräumen nachzusuchen. Die Kosten für den Aufbau der Baracke sind auf 15 400 M. veranschlagt. Ist denn zur Errichtung von Schulhäusern wirklich kein Geld vorhanden?

Lokales.

Ueber den elektrischen Vollbahnbetrieb, der unter der Leitung des Königl. Eisenbahn-Direktors Vork auf der Strecke Berlin - Zehlendorf der Wanneseebahn in der Einrichtung begriffen ist, bringt das „Archiv für Post und Telegraphie“ nach einem Vortrage des Gemeinamts der Berliner Verein für Eisenbahnhunde ausführliche Mitteilungen. Auf der im ganzen 11,98 Kilometer langen Versuchsstrecke befinden sich die vier Zwischenstationen Großgründerstraße, Friedenau, Steglitz und Groß-Lichterfelde. Der mittels Electricität beförderte Zug soll auf die Dauer eines Jahres in den Fahrplan der Wanneseebahn einbezogen werden und täglich fünfzehnmal in jeder Richtung verkehren. Er wird aus neun gewöhnlichen dreiläufigen Wagen der Berliner Vorortbahnen zusammengestellt und voll besetzt 210 Tonnen schwer sein. Dem Zuge wird vorläufig zur schulpflichtigen Jurisdiktion der Strecke, einschließlich der Aufenthalt, die auf den vier Zwischenstationen je eine halbe bis zu einer Minute betragen, wie beim gegenwärtigen Betriebe, eine Fahrzeit von 27 Minuten vorgezogen sein. Für die Anfahrten sind 90 Sekunden Zeit und ein Weg von 500 Metern für das Anhalten 90 Sekunden Bremszeit und 170 Meter Weg angenommen; unter dieser Voraussetzung beträgt die Durchschnittsgeschwindigkeit während der gleichmäßigen Fahrt 40 Stunden - Kilometer und die mechanische Arbeitsleistung der Triebwagen bei dem Reistgewicht des Zuges von 210 Tonnen hinsichtlich der Fahrt von Berlin 62 und für die Fahrt nach Berlin 58 Pferdestärkenstunden. Jeder der beiden Triebwagen erhält zwei Motoren von je 100 Pferdestärken.

Eine außergewöhnliche Anordnung ist für die Stromabnehmer vorgesehen: sie sind an jedem Triebwagen zu beiden Seiten des Zuges in geschützter Lage unter dem Trittbrette des Wagens angebracht und zur Verhütung einer unbedingten Berührung an der Außenseite mit einer isolierenden Umhüllung überzogen. Die Weiterleitung des Stromes erfolgt mittels federnder Kupferbänder, welche mit einem, längs des ganzen Zuges unter dem Wagen befindlichen Leitungslable verbunden sind. Der Gleitschuh berührt vermöge seines Gewichtes die Arbeitsleitung, auf welcher er während der Fahrt entlang gleitet.

Die Arbeitsleitung besteht aus ausgemusterten Eisenbahnschiene, die an den Stößen durch kurvenförmige Schienenverbindungen leitend überbrückt werden, und ist an der linken Seite des Geleises, bezogen auf die Richtung der Zugfahrten, angebracht. Sie liegt von der Mitte des Geleises 1,55 Meter entfernt und mit der Oberkante 80 Centimeter höher, als die Oberkante der Fahrchiene. Gegen ihre Träger, die auf den Bahnschwellen oder auf besonderen Unterlagen festgeschraubt sind, ist die Leitungsschiene durch einen Hartgummi-Neberzug isoliert. Vermeidungswise wird als Isoliermittel auch eine Mischung von Asbest und Gummi (Asbestonit) benutzt werden. Diese Mischung, die feuerbeständig und unempfindlich gegen Feuchtigkeit ist, geht mit dem Wachsen eine äußerst festhaltende Verbindung ein.

Die Betriebskosten, welche bei der bisherigen Zugförderung mittels Dampflokomotiven 468 Mark für 1000 Jugtkilometer betragen, werden sich für die elektrische Zugförderung auf 411 M., d. i. um 17,5 Proz., ernähigen.

Vom betriebsstechnischen Standpunkte wird den Erfahrungen ein großer Wert beigemessen, die hinsichtlich der sachgemäßen Unterhaltung der Arbeitsleitung und über die Rückwirkung dieser Anlage auf die regelrechte Unterhaltung des Eisenbahnbauwesens vorausichtlich gewonnen werden, sowie darüber, ob und inwieweit der elektrische Betrieb geeignet ist, die Sicherheit des Verkehrs auf den Vollbahnen zu erhöhen.

Ueber die Polizeihilfe, die im Kampf für Ordnung, Religion und Sitte der „Großen Berliner“ geleistet wurde, als diese Pflichten von Streikkräften befehen war, bringt das „Berl. Tagebl.“ jetzt die folgende, unsere Auffassung vollständig bestätigende Mitteilung:

„Die Pöngst - Klarndepesche, welche zu einer polizeilichen Besetzung der Straßenbahnstöße Veranlassung gab, hat ihre Aufklärung gefunden. Die von einer hiesigen Korrespondenz ausgegangene Meldung, daß eine angeblich von einem Inspektor der Straßenbahn - Gesellschaft herrührende Depesche an das Polizeipräsidium, welche wegen vorgedachter Zeit auf ihre Richtigkeit nicht hätte geprüft werden können, die Polizei veranlaßt haben sollte, 400 ihrer Beamten in aller Morgenröthe alarmieren zu lassen, erweist sich als unzutreffend. Thatsächlich verhält sich die Sache auch ganz anders. Das Telegramm, welches beim Polizeipräsidium eingegangen ist, bezeichnet weder jenen Privatbeamten als Absender, noch rühre es von einem „Wigbold“ her, der sich einen Pöngstall leisten wollte; es ist vielmehr eine veritable Polizeidepesche, wie sie an der Centralstelle täglich zu Tugenden einlaufen, und welche auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen gar keine Veranlassung vorlag. Dem Straßenbahn-Inspektor Schreie, den die Direktion aus dem äußeren Dienste bereits zurückgezogen hat, war nämlich, wie vielen anderen Leuten, das Gerücht zu Ohren gekommen, daß ein Ausstand des Fahrpersonals am ersten Pöngstfeiertage geplant sei, und davon hat er - wie er behauptet, „vertraulich“ - dem zuständigen Revierleutnant Mitteilung gemacht. Diese Mitteilung muß wohl eine ziemlich bestimmte gewesen sein, sonst hätte sich der Polizeileutnant nicht veranlaßt gesehen, sie ohne weiteres an seine vorgesetzte Dienstbehörde auf telegraphischem Wege weiter zu geben. Uebrigens unterliegt es keinem Zweifel, daß der Inspektor G. in autem Glauben gehandelt hat, allenfalls könnte ihm ein gewisser Ueberzeuung zum Vorwurf gemacht werden. In diesem Sinne hat die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft auch an das Kommissariat für das öffentliche Juhrwesen Bericht erstattet, und damit dürfte die ganze „Unternehmung“ wohl abgeschlossen sein.“

Für die polizeibehörten Straßenbahn - Angelegenheiten wird die Sache allerdings kaum „abgeschlossen“ sein. Ihnen ist ein helles Licht darüber ausgegangen, wessen sie sich unter der Jugthausära zu gewärtigen haben, und sie werden, ohne selbstverständlich der Direktion etwas auf die Nase zu binden, sich so kräftig als möglich organisieren und dann zu einem Termin, wo es ihnen paßt, eine Vernehmung ihrer Lage zu erstreben suchen.

In einem Petitionskommun gegen die gesetzliche Festlegung der Ladenschlussstunde fordert ein an sämtliche Detaillisten-vereine Deutschlands gerichteter Aufruf auf. Es heißt darin u. a.:

„Gegen den Beschluß der Reichstagskommission für die Gewerbe-Ordnungs-Novelle, welche die gesetzliche Festlegung eines einheitlichen Ladenschlusses verlangt und die Schließung aller Verkaufsstellen in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens für den Geschäftsverkehr befürwortet, muß energisch und scharf Stellung genommen werden. Der Staatssekretär Graf Posadowski ist in seinem Bestreben, die Kaufmannschaft vor so tief in die persönliche Freiheit eingreifenden gesetzlichen Vorschriften zu bewahren, mit allen Kräften zu unterstützen. Jede Vereinbarung ohne Ausnahme muß eine Petition gegen den Kommissionsbeschluß dem Reichstage zugehen lassen, damit offenkundig wird, wie allgemein die Abneigung gegen den betreffenden Antrag in den interessierten Kreisen ist und man noch in letzter Stunde verhindert, daß der einheitliche Ladenschluß durch Gesetz festgelegt wird.“

Die Petitionskommun zeigen sich hier so recht mit der erbärmlichen Krämmerbeschränkung befaßt. Statt ein Mittel zu begründen, durch das sie und ihre Angestellten wenigstens der allernotwendigsten Ruhe teilhaft werden könnten, zittern und zernern sie wegen der Einschränkung der persönlichen Freiheit. Eine echt liberale Freiheit, sich noch länger als sechzehn Stunden den Tag hinter dem Ladentisch abplagen zu müssen! Und da erheben diese Glieder des „Mittelstandes“ ein Wagnis darüber, daß die Arbeiter in die Großbazar gehen, deren Inhaber die Angestellten zum großen Teil wenigstens abends 11 Uhr nach Hause entlassen und ihnen so doch eine ganz kurze Zeit der Erholung gönnen.

Die Sommeruniform der Briefträger. Eine der wenigen Maßnahmen des Staatssekretärs der Reichspost, mit denen sich die Postbeamten recht gern einverstanden erklären konnten, war die Anordnung, daß sie im Sommer eine leichtere Bekleidung bekommen sollten. Den Beamten der Berliner Postämter ist schon vor Monaten angekündigt worden, daß sie die neue Uniform am 1. April erhalten würden; an diesem Datum haben sie auch ihren Teil zu den Kosten der Bekleidung entrichten müssen — der Kost wird aus der „Bekleidungskasse“ bezahlt. Bis jetzt aber haben die Beamten die neue Uniform noch nicht erhalten. Warum? Hat Herr v. Podbielski voraus gewußt, daß die Temperatur auch zur Zeit noch eine so niedrige sein werde? Haben wir nicht schon einige recht heiße Tage gehabt, an welchen die Briefträger, trotzdem sie also ihre Sommeruniformen schon längst bezahlt hatten, auch ferner im Schwelge ihrer dicken Wämse dem Publikum dienen mußten? Der Postsekretär S. a. S. in der Taubensstraße soll die Uniformen liefern. Kann er sie nicht liefern, hat er nicht Arbeiter genug zur Verfügung — etwa, weil er zu schlechte Löhne zahlt? Vielleicht sucht sich Herr v. Podbielski darüber zu unterrichten.

Scherl-Pascha. Der Verleger des „Berliner Lokalanzeigers“ hat den großherzoglich türkischen Osmanis-Orden zweiter Klasse (mit Stern) erhalten. — Doch nicht etwa wegen eifriger Beförderung der Vielweiberei im Inzeratenteil seines weltstädtischen Organs?

Mit der Regulierung des Brenzlauer Thorplatzes ist nun endlich begonnen worden. Es werden Inselperrons darauf angelegt, um den starken Wagenverkehr in bestimmter Bahnen zu leiten, was um so nötiger sein wird, als der Platz durch die projektierte Durchführung der Kaiser Wilhelmstraße ganz erheblich gewinnen dürfte.

Zwangswise Eintragung in das Handelsregister. Mit Vorladungen nach dem Amtsgericht sind in den letzten Wochen eine große Anzahl hiesiger Geschäftsleute befaßt worden. Die vorgeladenen werden aufgefordert, einen Auszug aus den Geschäftsbüchern mitzubringen, aus dem die Brutto-Einnahme aus dem Jahre 1898 ersichtlich ist. Bei diesen Vorladungen handelt es sich um die zwangswise Eintragung von Geschäften in das Handelsregister. Die Bestimmung des neuen Handelsgesetzes, daß jedes Geschäft mit einem Jahresumsatz von 20000 M. an in das Firmenregister eingetragen werden müsse, ist bisher nur von wenigen Geschäftsleuten beachtet worden. Aus diesem Grunde werden nun vom Amtsgerichte die Zwangseintragungen herbeigeführt.

Verschiedene Unglücksfälle im Straßenverkehr sind in neuerer Zeit wieder durch freilegende provisorische Geleise der Straßenbahn, wie solche bei Auswechslung oder Reparaturen der Schienen zum Ausweichen frei auf den Straßendam gelegt und befestigt werden, herbeigeführt worden. So verunglückte der Droßkutscher Jakob erst neuerdings in der Blücherstraße dadurch, daß er mit seiner Droßke gegen ein derartiges provisorisches Geleise fuhr, durch den Anprall vom Bod gescheudert wurde und sich bedeutende Verletzungen zuzog, jedoch er noch einer Infallstation verbracht werden mußte. In gleicher Weise verunglückte der Droßkutscher Reichardt am Postweg. Beim Ueberqueren des provisorischen Geleises wurde auch er vom Bod gescheudert und erlitt er erhebliche Verletzungen. Zur Verhütung derartiger und anderer Unglücksfälle sollte streng darauf gehalten werden, daß die Straßenbahn-Gesellschaften die provisorischen Geleise durch Wahlen mit abgesetzten Rauten einzeichnen, da auf diese Weise ein Ueberfahren der Schienen durch andere Führer wesentlich erschwert und obendrein gefahrlos gemacht wird.

Mit der Aufstellung des Schulz-Delisch-Denkmal, das am 4. August auf dem kleinen Platz zwischen Insel- und Köpplerstraße aufgestellt werden soll, wird Mitte Juni begonnen werden. Die Aufstellung des Standbildes in Marmor ist vollendet, und die Fertigstellung der beiden seitlichen Gruppen in Bronze steht bevor. Das Postament ist Granit.

In Ehren des Tuberkulosekongresses fand Donnerstagsabend eine außerordentliche Versammlung des Wassercuristen-Viktoria-klub am Kreuzberg statt. Zahlreiche Mitglieder des Kongresses hatten sich eingefunden.

Für die elektrische Beleuchtung der Siegedalce sind außer den 32 Vogenlampen, die zur Beleuchtung der Wärmegruppen dienen sollen, bis jetzt noch vier weitere Vogenlampen aufgestellt worden, je zwei am Königsplatz und an der Charlottenburger Chaussee.

Eine dreiviertelstündige Verkehrsstörung trat gestern mittig in der Gegend des Brenzlauer Thores gegen 2 Uhr auf dem Betriebe der elektrischen Ringbahn ein, weil dort ein Defekt an den Schienen eingetreten war.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich gestern in dem Betriebe der elektrischen Straßenbahn. Der Schaffner M., der einen Wagen der Linie Hasenheide-Schönhauser Allee bediente, bemerkte, wie die Leitungsschlinge von dem Draht abhing. Hierbei verwickelte sich die Führungsschlinge der Stange in die Führung des Wagenführers. M. versuchte nun, die Schlinge freizumachen, und dies gelang ihm auch; in demselben Augenblick aber schmolle die Leitungsschlinge mit großer Heftigkeit zurück und dem Schaffner, der die Schlinge um den Mittelfinger der rechten Hand gefaßt hatte, wurde das oberste Glied des Fingers nachschäblich abgerissen. Der Schwerverletzte wurde natürlich sofort vom Dienst abgelöst und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Arbeiter-Mißo. Auf dem Bau Mitterstraße 76 ist gestern vormittag 11¹/₄ Uhr der 34jährige Steinträger Julius Gasse aus der Kirchbäckstraße 4 dadurch verunglückt, daß ihm eine Drehschraube, die aus dem oberen Etage herabfiel, ihm in den Kopf schlug. Im schwer verletzten Zustande wurde Gasse, der verheiratet ist und drei Kinder hat, ins Krankenhaus gebracht. Daß das Unglück geschehen konnte, ist den unvorsichtsmäßigen Schutvorrichtungen auf dem Bau zuzuschreiben. Die Stange fiel zunächst aus einer vier Meter breiten Fensteröffnung, an der jede Schutvorrichtung fehlte und schlug auf ein Schutdach von so schlechter Beschaffenheit, daß sich infolge des Aufschlagens sofort ein Brett löste. Vor 14 Tagen hat Gasse auf dem Bau gleichfalls einen

Unfall erlitten, indem er mit einem völlig morschen Brett der Kistung durchbrach und sich eine Hüftverletzung zuzog, an der er 10 Tage krank liegen mußte. Wie wir erfahren, hat der Vorgesetzte des Baues nunmehr nachträglich eine Schutzvorrichtung an den Fenstern andringen lassen. Traurig, daß diese Pflicht nicht rechtzeitig erfüllt wurde.

Ihren Verletzungen erlegen ist die Souffleuse Frau Louise Leonhardt aus Dresden, die heute vor acht Tagen, wie wir bereits berichteten, in einem Hotel der Friedrichstadt sich zwei Angeln unterhalb des Herzens in die linke Körperseite schob, nachdem sie wiederholt unjünglich versucht hatte, einen in jenem Hotel wohnenden Herrn zu sprechen. Dem Selbstmord scheint unglückliche Liebe zu Grunde zu liegen.

Theater. Im Passage-Panoptikum verabschiedet sich das letzte Ensemble Ende Mai, da die Direktion für den Monat Juni wieder ein neues Programm erster „Specialitäten“ zusammengestellt hat. Nach der unverwundbare Halki Komed Krota und das 6jährige Wunderkind Marletta bleiben nur noch kurze Zeit. — Berlin laßt ist der Titel der nächsten Revist, welche das Metropol-Theater in der bekannten glänzenden Ausstattung an Kostümen und Dekorationen am 1. Juni zur Erst-Aufführung bringen wird.

Feuerbericht. Zu der Nacht zum Freitag kam Reichensbergerstraße 146 in einem Kolonialwaren-Geschäft Feuer aus, das aber noch im Entstehen beseitigt werden konnte. Vorher mußte Görlitzerstraße 62 ein kleiner Zimmerbrand abgeblüht werden. Ein Alarm nach Redowstraße 19 betraf einen Fehlföhrenbrand in einer Bäckerei. Nach Engelfufer 4a wurde die Wehr gerufen, weil hier in einer Fugelwerkfabrik ein kleiner Brand ausgebrochen war. Außerdem erfolgte noch ein Alarm nach Pennstraße 21, wo überglöhter Teer Feuer gefangen hatte.

Aus den Nachbarorten.

Mariendorf. Die zum Sonntag anberaumt gewesene Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins bei Teufelsberg in Mariendorf findet wegen des plötzlich eingetretenen Todes eines alten Parteigenossen nicht statt; dafür wird am Dienstag, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokale des Herrn Gerth in Tempelhof die Versammlung unter derselben Tagesordnung abgehalten. Der Vorstand.

Schöneberg. Einen überaus wichtigen Abschluß in kommunaler Beziehung haben unsere städtischen Körperschaften in einer Extra-Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag vollzogen: Den Abschluß eines Vertrages mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin behufs Beschaffung von Elektrizität für die Stadt Schöneberg. Von der Erbauung eines eigenen Werkes hatten der Magistrat und die Stadtverordneten, trotz des Widerstandes unserer Parteigenossen, Abstand genommen, weil einmal dadurch die Rentabilität des Werkes nicht gesichert erscheinend und andererseits durch den Vertrag der Stadt Schöneberg sowohl als den Konsumenten ganz bedeutende Vorteile erwachsen würden. Und dieser Optimismus trat in der Generaldebatte sowohl bei dem Referenten als bei fast allen Diskussionsrednern oftmals zu Tage. Besonders wurde betont, daß durch die eingehende Beratung der Materie es dem Magistrat gelingen sei, günstigere Bedingungen zu bekommen, als sie selbst Berlin aufzuweisen vermag. Für die Wasserversorgung, ihre Leitungen in den Straßen der Stadt zu legen, hat die Gesellschaft vom 1. Januar 1900 ab eine Abgabe von 10 Proz. der Brutto-Einnahme zu entrichten. Außer dieser Brutto-Abgabe ist alljährlich ein Anteil am Reinertrag des Unternehmens an die Stadt abzuführen. Dieser Anteil beträgt 40 Proz. (in Berlin 30 Proz.) vom Reingewinn über 5 Proz. (in Berlin 6 Proz.) des Anlagekapitals bis 6 Millionen Mark (in Berlin 10 Mill. Mark) und 40 Proz. (in Berlin 30 Proz.) über 4 Proz., soweit das Anlagekapital diesen Betrag übersteigt. Das Anlagekapital darf die Aufwandskosten nicht übersteigen; in den letzten Jahren darf kein größerer Gewinn als 15 Prozent der durch die eigentlichen elektrischen Anlagen entstehenden und nachzuweisenden Herstellungskosten enthalten sein. In den Ausschicht dieser neu zu bildenden Gesellschaft entzieht der Magistrat und die Stadtverordneten je einen Vertreter, welche jedoch keine Stimmrechte besitzen dürfen. Der Vertrag tritt sofort in Kraft; Schöneberg verzichtet bis zum 30. September 1912 darauf, die Uebertragung des Eigentums des Elektrizitätswerkes zu verlangen. Von diesem Zeitpunkt an steht der Stadt das Recht, nicht aber die Pflicht zu, das Werk unter Eintritt in alle mit demselben verbundenen Verbindlichkeiten und vertraglichen Verpflichtungen zum Eigentum zu übernehmen. Der Uebernahmepreis ist nach Wahl 2000000 M. oder 2000000 M. Falls die Uebernahme nicht sofort stattfindet, verlängert sich der Vertrag jedesmal um drei Jahre. Dementsprechend ernähigt sich der Preis des Werkes vom Jahre 1908 ab um je 10 Proz., so daß das Werk im Jahre 1938 vollständig kostenlos in den Besitz der Stadt übergehen würde. Auch in Betreff des Preises von Energie und Kraft hat man sich geeinigt, indem die Preise stets die gleichen wie in Berlin und Charlottenburg sind. Somit haben die Stadtverordneten, ungeachtet der Erfahrungen, die sie mit der englischen Gasgesellschaft gemacht haben, einigen Großkapitalisten auf eine lange Reihe von Jahren ein Monopol eingeräumt.

Für den Posten eines zweiten Bürgermeisters von Niddorf hat der vorbereitende Ausschuss jetzt drei Herren von den 66, welche sich um den Posten bewarben, ausgewählt, und diese werden der Stadtverordneten-Versammlung zur engeren Wahl empfohlen werden. Es sind die Herren Stadtrat Cuno aus Königsberg, der Sohn des Revierleiters der Berliner städtischen Gaswerke, der erste Bürgermeister Dr. v. Lewison aus Wolpa und Stadtrat Voigt aus Danzig. Für den ebenfalls zu besetzenden Posten eines befohlenen Stadtrats werden sich noch heute dem Ausschuss die zur engeren Wahl vorgeschlagenen Herren vorstellen. Dies sind Magistrats-Affessor Dr. Gerth-Berlin, Bürgermeister Granier-Indenvalde, Bürgermeister Apeit-Mittenwalde und der Stadtrat Bedekind-Dehsen.

Aus Groß-Lichterfeld schreibt man uns: Die jüngste Sitzung der Gemeindevorsteher beschäftigte sich hauptsächlich mit der Uebertragung der Tanzsteuer. Für die gänzliche Aufhebung dieser Steuer ist die realistische Gemeindevorstellung natürlich nicht zu haben und so entschloß man sich, durch eine „Reform“ dem fortwährenden Ansturm der Gastwirte wenigstens teilweise Rechnung zu tragen. Der bisherige Steuerbetrag betrug inklusive des Stempels 9 M. ohne Unterschied der Dauer des Tanzvergügens. Es wurde beschlossen, für Tanzlustbarkeiten, die bis 11 Uhr abends währen, vier Mark, für solche, die länger dauern, acht Mark zu erheben. Begründet wurde dieser originale Beschluß weniger mit der Ungerechtigkeit jener Steuer an sich, als vielmehr damit, daß man gewissermaßen eine Art Prämie für diejenigen Witte festsetzen wolle, die dafür sorgen, daß schon um 11 Uhr abends vollständige Ruhe im Dorfe — Yardon! — Orte herrsche, was erst mit dem Aufhören des Tanzes erreicht werden könne. Die Begründung läßt kaum vermuten, daß Groß-Lichterfeld ein Vorort der Weltstadt Berlin ist; sie gemahnt an jene Zeiten, wo der brave Stahlbürger mit Eintritt der Dunkelheit zu Hause bleiben mußte, sich die Pipfelmüge über die Ohren zog und mit dem süßen Bewußtsein, daß die Sicherheit des Ortes in den Händen des wackeren Nachtwächters gut aufgehoben sei, sanft einschlummerte. — Als am höchsten „prämiert“ dürfte aus den Reihen der Beteiligten der Gastwirt Vogel hervorragen, bei dem die Socialdemokraten verkehren und dem die Erziehung der Siegespalme durch Louiquente Festsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr wesentlich erleichtert wird.

In Grance fuhr der Berliner Zug 12 infolge solcher Weichenstellung auf ein Geleis mit leeren Personenzügen. Personen wurden hierbei nicht verletzt. Dagegen sind die Maschine und drei Wagen beschädigt worden. Der Postwagen entgleiste. Betriebsstörungen sind nicht vorgekommen.

Der Spreeweg in Treptower Park wird reguliert und verbessert. Da bisher die mit Rasen bedeckten Flächen Ueberflutungen durch das Eindringen der Wassermassen, besonders durch die von den Dampfern hervorgerufenen Wellen erheblich gelitten haben, wird

jetzt längs der ganzen Promenade eine ungefähr ein Meter hohe kleinere Uferbefestigung errichtet.

Eine Beihilfe von 100000 Dollar zur Bestreitung städtischer Ausgaben ist unserer Nachbarstadt Spandau von einem in Nordamerika lebenden ehemaligen Spandauer Bürger, Namens Wagner, angeboten worden. Der gegenwärtig im 75. Lebensjahre stehende alte Herr schreibt an den Spandauer Magistrat, daß er in deutschen Zeitungen gelesen habe, seine Vaterstadt Spandau hätte hohe Steuern zu bezahlen und für die Herstellung neuer Pflasters und Regulierung der Straßen große Ausgaben zu leisten, weshalb er gern helfend einzuwirken bereit sei. Der Magistrat wird natürlich die genannte Summe, welche sich als ein Testamentvermächtnis darstellt, mit Vergnügen annehmen.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich Donnerstag auf der Strecke Lübbenau-Kalan, in unmittelbarer Nähe der Station Kalan. Der 8 Uhr 4 Min. von Kalan abfahrende gemischte Zug entgleiste bei Bude 244, wo man mit Einziehen neuer Bahnschwellen und Schienen beschäftigt ist. Zertrümmert wurden drei Personenzüge, darunter zwei der 4. Klasse. Die Lokomotive hat sich tief in den Erdboden hineingewälzt. 5 Personen sollen schwere Bein- und Rippenbrüche und 10 Personen leichtere Quetschungen und Hautabwühlungen erlitten haben. Todesfälle sind nicht zu verzeichnen. Unter den Verletzten befindet sich auch die 58 Jahre alte Frau des Materialienverwalters Schulz aus Charlottenburg. Sie hatte zu Finglingen ihren Sohn beauftragt, der bei Senftenberg ein Gut besitzt. Gestern fuhr sie heim, und ihr Sohn begleitete sie. Beide saßen allein in einem Abteil zweiter Klasse. Plötzlich hörte Schulz ein ohrenbetäubendes Pfeifen und Knirschen auf den Schienen und fast in demselben Augenblick wurde er vom Fenster auf seinen Sitz zurückgeschleudert, wobei er die Beine in die Höhe streckte. Seiner Mutter, der er noch zu gerufen hatte, die Beine hochzunehmen, gelang das nicht mehr ganz. Mit einem großen Gepolter und heftigen Stöhnen blieb der Zug liegen, und die beiden Söhne des Abteils schoben sich aneinander. Schulz blieb unterseits, seiner Mutter dagegen wurde der rechte Unterarmknöchel zweimal gebrochen und der Fuß stark gequetscht. Ein fürchterliches Geschrei verriet, daß ein großes Unglück geschehen sein mußte. Die Decke des Waggons, auf den ein Steuermagazin sich hinaufgeschoben hatte, drohte einzufallen. Schulz fand schließlich einen Ausweg durch das Fenster. Nachdem man zunächst versucht hatte, die Steine wegzuschaffen, beförderte man schließlich auch seine Mutter durch das Fenster ins Freie. Die ohnmächtig gewordene Frau erhielt von einem Arzte aus der Nachbarstadt einen Verband und wurde mit der Bahn nach Berlin gebracht.

Gerichts-Beitrag.

Eine ganze Reihe von Straftaten — Bestechung, Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betrug — wurden dem jetzt entlassenen Schuymann Georg Krauledat zur Last gelegt, der sich gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der fünf Jahre lang Schuymann war, soll bei Entlassungs-Recherchen wiederholt die von eingeleiteten Kontrabandanten zu zahlenden Geldsummen — obwohl dies durch Tagesbefehl ausdrücklich verboten war — in Empfang genommen und an die betreffende Kasse weiterbefördert haben. In einem Falle soll er dafür eine kleine Vergütung erhalten haben. Ihm wird ferner zur Last gelegt, daß er Strafgelehrer in Höhe von 2 M. und 3 M., die ihm von bestraften Droßkutschern zur Beförderung an die Gerichtskasse übergeben worden waren, in eigenem Nutzen verwendet habe. Er bestritt diese Beschuldigung und behauptete, daß er die 2 M. einem Schankwirt Hildebrandt, der in dem Hause des Rebers einen Ausschank hatte, zur Beförderung übergeben und von diesem eine Quittung, in welcher das Datum gefälscht sein soll, erhalten habe. Im zweiten Falle will er die 3 M. seiner Schwester zur Abfindung übergeben haben, diese hat, angeblich weil sie krank wurde, die Beförderung verweigert und der Angeklagte hat das Geld erst eingezahlt, als er schon zum erstenmal verantwortlich vernommen worden war. Der Schankwirt Hildebrandt, auf den sich der Angeklagte beruft, ist nun leider nicht zu finden. Er ist ein ehemaliger Matrose und bei Nacht und Nebel verschwunden, ist wieder Matrose geworden und soll sich jenseits des Ozeans befinden; auch seine Ehefrau ist nicht mehr aufzufinden. Obgleich der Verdacht nahe liegt, daß sich der Angeklagte nicht ohne Absicht gerade auf diesen pfurten verschwundenen Mann berufen hat, hielt es der Gerichtshof doch für geboten, noch einen Versuch zur Ermittlung des Zeugen zu machen und beschloß, zu diesem Zwecke die Akten der Staatsanwaltschaft zugunsten zu stellen.

Die Strafkammer Breslau verurteilte wegen Veruntreuung von 6000 M. Kirchentassen- und Münzelgelder den Pfarrer Reinhold Wetzig aus Pölschen (Kreis Wohlau) zu einem Jahre Gefängnis.

Was ein Amtsvorsteher sich erlaubte! Im Amtsbezirk Schorle (Schlesien) ließen sich am 7. April 1906 junge Leute dadurch zu Ausdehnungen hinreißen, daß es ihnen polizeilicherseits verweigert wurde, in einem Lokal zu tanzen, dessen Besitzer weder eine Tanzerglaubnis nachgesucht hatte, noch nachsuchen wollte. Unter den Leuten, die dann am anderen Tage über die betreffenden Vorgänge von dem Amtsvorsteher v. Rappard vernommen wurden, befand sich auch der Sohn des Besitzers Biemel. Diesen rief Rappard zweimal zu sich, und zwar ließ er ihn das zweite Mal vom Felde holen. Sein Vater war darüber sehr ärgerlich, erziehen vor dem Amtslokal und schimpfte dort in polnischer Sprache. Unter anderem sagte er, es wäre verächtlich, seinen Sohn vom Felde zu holen. Der Amtsvorsteher trat darauf an dem Hause und forderte V. zum Fortgehen auf, ohne damit Erfolg zu haben. Rappard ordnete er die Festnahme des Mannes an und griff selbst mit zu. Nachdem Biemel etwa 100 Schritte fortgeführt worden war, wurde er wieder freigelassen. Er erhob demnach gegen v. Rappard die Privatklage wegen Körperverletzung und erzielte auch, daß der Beschuldigte vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt wurde. Das Gericht hielt für erwiesen, daß v. R. den Kläger bei seiner Verhaftung zu stark an die Brust gefaßt und zu mißhandelt von hinten gestochen oder „geschoben“ habe, um seinen Widerstand zu brechen. Das Landgericht hob jedoch die Entscheidung auf, weil es sich hier um ein solches Vergehen im Amte handele, für das das Civilverfahren nicht gegeben sei. Die Staatsanwaltschaft erhob dann die öffentliche Anklage gegen den Amtsvorsteher, die dahin lautete, er sei verdächtig, bei Ausübung seines Amtes eine Person vorläufig körperlich mißhandelt zu haben. Jetzt trat die Klage mit dem Konflikt für Herrn von Rappard ein, indem sie geltend machte, er habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Das Ober-Berwaltungsgericht erklärte den Konflikt für zulässig und für begründet, so daß das Verfahren gegen den Amtsvorsteher einzustellen ist. Der Senat ging von folgenden Erwägungen aus: Da Biemel vor dem Amtslokal tanzte und die Verhandlungen darin störte, so sei der Amtsvorsteher berechtigt gewesen, ihn zu entfernen. Ferner habe er ihn, als er passiven Widerstand leistete, am Nacken gepackert und so ein Ständchen fortführen dürfen. Selbst wenn er ihn hierbei geschüttelt haben sollte, wäre das noch keine Amtsüberschreitung, denn damit hätte ja nur bezweckt werden sollen, ihn zum Gehen zu bewegen. Auch könne es nicht als eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse angesehen werden, daß v. R. den Mann von hinten schob. Auch würde der Amtsvorsteher bei der Widerständigkeit des V. durch einen Stoß die äußerste Grenze des Zulässigen nicht überschritten haben. Auch komme in Betracht, daß der Angeklagte seinem vom Amtsdienste und vom Ortsbürger nur widerwillig ausgeführten Befehl, den V. fortzuführen, mehr Nachdruck haben geben wollte.

Ober-Schöneberg. Der Arbeiter-Bildungsverein hält heute, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokale von Osterland (Zab. Wäpser) seine Sitzung ab. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt.

Zieler-Verein. Heute abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 16: Versammlung.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Der Sekretär des internationalen ethnischen Bundes, Dr. Fried. Wilhelm Förster (Jülich), der jedoch eine Vortragadresse in den Vereinigten Staaten bezieht, wird auf der Durchreise am Sonntag, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr, im Saalgebäude, Singelstr. 10/11, über das Thema: „Amerikanische Kultur und der Willkürdunst“ sprechen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. d. M., vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Poststraße, Kommandantenstr. 57, Versammlung: „Freireligiöse Vorlesung“. Um 11 Uhr vormittags ebendortselbst Vortrag des Herrn G. Voght: „Die Erziehung durch Vorbild“. Gäste willkommen.

Elektro-technischer Gewerbe-Verein. Sitzung heute abends 8 1/2 Uhr bei Hammerstr. 5.

Marktpreise von Berlin am 25. Mai 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen	2-Grt.	16,20	14,90	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*Roggen		15,20	14,-	Rohfleisch		1,80	1,-
*Rüben-Werke		13,50	12,70	Sammelfleisch		1,60	0,90
Hofer gut		15,60	15,10	Butter		2,60	2,-
mittel		15,-	14,50	Eier	60 Stück	3,60	2,-
gering		14,40	14,-	Rapsen	1 kg	2,-	1,50
Stückmaß		4,16	3,50	Kale		2,80	1,40
Den		7,20	4,00	Hander		2,60	1,-
*) Erbsen		40,-	25,-	Rechte		2,20	1,20
*) Preisbohnen		50,-	25,-	Barische		1,80	0,80
*) Wicken		70,-	30,-	Schleie		2,80	1,20
Kartoffeln, neue		6,-	4,-	Biete		1,20	0,80
Strohstroh, Rente 1 kg		1,60	1,20	Krebie	per Schoß	12,-	2,50
do. Bond		1,20	1,-				

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Kollationsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.
Produktenmarkt vom 26. Mai. Weizen ging auf seinen gestrigen Wert zurück. Roggen notierte dagegen um ca. 1/2 R. niedriger. Hofer und Reis konnten sich behaupten. Kaffee lag unverändert fest. Am Spiritusmarkt machte sich schwächere Stimmung bemerkbar, einen

Stützpunkt fand dieselbe in matter Kaufkraft und größeren Zufahren. Angeboten waren 90 000 Liter Weizen, die mit 40,10 R. (- 0,10 R.) Käufer fanden. Am Terminmarkt ging es recht still zu und gab die Notierungen schließlich 10 Pf. nach. - Berlin's Getreide- und Mehlzukunft zu Wasser vom 25. Mai mittags bis 26. Mai mittags betragen 246 To. Weizen, 303 To. Hofer, 227 To. Gerste, 400 D.-Ctr. Weizenmehl, 215 To. Mais.

Vermischtes.

Sturz einer sächsischen Ordnungssäule. Erfüllende Senfation erregt im Königreich Sachsen die dem „Verl. Tagebl.“ von dort übermittelte Meldung, daß der Schatzmeister des unter Protektion der Königin Carola stehenden „Albertvereins“, Kommerzienrat Hopffe, 200 000 M. Vereinsgelder unterschlagen habe. Bereits seit mehreren Wochen sind Gerüchte in Umlauf, nach denen bei der Massenverwaltung des Albertvereins namhafte Fehlbeträge festgestellt worden sind. Auf Wunsch von berufener Seite teilen wir mit, daß sich diese insgesamt auf circa 200 000 M. belaufen und auf Veranlassungen des bisherigen Schatzmeisters zurückzuführen sind. Es fehlen die Erträge der Lotterie der Massenverwaltung des Vereins in den letzten neun Jahren sowie die laufenden Einnahmen des Jahres 1898, dessen Abschluß noch nicht fertiggestellt war und des Jahres 1899. Das hohe Ansehen, welches der bisherige Schatzmeister allenthalben bis in die höchsten Kreise genoss, in Verbindung mit der tadellosen Korrektheit der Bücher der Massenverwaltung, haben die Entdeckung der Veruntreuung so lange Zeit verhindert.

Wielicht kam der Kommerzienrat im Lande der deutschen Heimliche sich damit entschuldigen, daß er die unterschlagenen Gelder im Kampfe gegen die Sozialdemokratie verbraucht hat.

König Stumm verunglückt. Dem Herrn v. Stumm, der gegenwärtig auf seiner Besitzung bei Gützlow am Rhein weilt, ist bei einer Spazierfahrt ein Unfall zugefallen. Als die Pferde schauten, sprang er aus dem Bogen und erlitt eine Armverrenkung und leichtere Verletzungen.

Die Rathorische Expedition zur Aufsuchung Nordpols ist an Bord des „Antarctic“ Donnerstagnachmittag von Helsingborg nach Osgörland ausgelaufen.

St. Johns, die Hauptstadt von Neu-Bräunswieg, ist durch eine schwere Feuersbrunst heimgesucht worden. Etwa hundert, meist aus Holz aufgeführte Gebäude wurden eingestürzt. Der Schaden wird auf 300 000 Dollar geschätzt.

Die Pestkrankheiten in Alexandrien im ganzen vier an der Pest erkrankte Personen befinden. Von diesen sind drei Griechen, einer ein Eingeborener. Ein Todesfall an der Pest ist bisher nicht vorgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Expediente wird Dienstags, Donnerstags und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.
D. E. Fragen Sie einen Militärminister.

Witterungsübersicht vom 26. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Emmenbe.	754,9			bedeckt	10	Daparauda	765,8			wolkig	8
Hamburg	756,2			2 hft. bed.	12	Betersburg	761,0			1 bedekt	10
Berlin	753,9			3 wolkig	14	Got.				2 wolkig	11
Wiesbaden	758,5			4 bedekt	11	Aberdeen	766,8			2 wolkig	7
München	758,5			6 bedekt	8	Paris	764,9			2 hft. bed.	9
Wien	752,9			4 Regen	10						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 27. Mai 1899.
Bleibt kühl, zeitweise auflockernd, vorwiegend trüb mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 27. Mai.
Cyrenand. Fabeln. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Desorah. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neue Oper. Die Fiebermänn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vesling. Gelmut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erb. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neubau. Der Schläger. Controtroler. Vorher: Sum Einflieder. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Sanktion. Anf. 8 Uhr.
Hened. Hojsant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Postillon von Yonjumeau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Kuffen. Der Kammerkater. Anfang 8 Uhr.
Welle-Milfance. Der Affendubler. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmshaus. Des großen Königs Rekrut. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Myello. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Keen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Vallage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Circusworte.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit.
Der unverwundbare **Fakir Aratas.**
Das 63jährige **Wunderkind Marietta**
(kann nur im Finstern sehen).
Von 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

CASTANS PANOPTICUM
im Pechorpalast, Friedrichstr. 163.
Neu!! Lebende **Neu!! Photographien!**
Neu!! in Lebensgröße. **Lebende Bilder.**
gestellt von 5 jungen schönen Damen.
„Dreifuss“ dreibeinig, lebend. Tacherkessensopfer.

Offend-Carl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kobitz! Zum 7. Male: **Kobitz!**
Die rote Mühle.
Sensationelles Aufführungsdrama in 8 Bildern von G. Dronowsky und G. Sondmann. Anfang 8 Uhr.
Sorgetags: Pilsch haben Gültigkeit. **Woyzeck: Diefelbe Vorstellung.**
Im Konzert-Garten:
Konzert, Theater und Spezialitäten.
27 Nummern.
Otto Müller-Römer, Komiker. Emmy Dahl, Kostümbührette. Eugen Andree, Charakteristiken-Parodist. Guido Reiss, Duettsänger. Mr. Monzo, Jongleur. The Nelson, Wagnersänger. **Gr. Pantomime.** Anfang 5 1/2 Uhr. Saisonarten haben Gültigkeit.

Prater-Theater
Koblenz-Allee 79.
Täglich: **Dorus Reil.** Possenstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Schütz, Musik von H. Reichen. Koblenz-Operette **Bel. Vierrath.** Gebr. Milard, Graf Duett. Tauma-Quartett, Gesang u. Tanz. Abous u. Campton, Reducteur. Br. Picardy, Hands u. Kopf-Gantillist. Mr. Hubertus, Kunstpfeifer. Ballettgesellschaft. Döring. Mm. Gliska, Solistograph. Lebende Kleinst-Photographien. **Konzert u. Ball.** Eintritt Sonntag 30 Pf., nunm. Pl. 10 Pf., Sonnt. 50 Pf., nunm. Pl. 75 Pf. Kalbo.

Pahlmanns Vaudeville-Theater
Inhaber F. Schwann, Schön. Allee 148, Reichen-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit heid. neuem Programm.
Roabiter Gesellschaftshaus. Alt-Roabit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert und Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.

Metropol-Theater.
Reichenstr. 55, 57. Dir. Rich. Schultz.
Nur sensationelle Spezialitäten. **Nademoiselle Lillia** (Die Schlafwagen-Controleurin). **Jose Hurgini** (Meistergeschäfts-Jongleur im Billardsalon). **Frid-Erid** (Die schöne junge Berliner Soubrette). **Paul Jülich** (der aktuellste Couplet-Humorist). **Die Grigorys, Die Glinzerettis, Die Nolsnets.**
Der schöne Rigo. Operette von Zieher. **Zwei grosse Balletts.** **Reizender Sommergarten.** Rauchen in allen Räumen gestattet. **Wochentags** Anfang 8 Uhr, **Sonn- und Feiertags** 1/2 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Frau Luna.
Das sensationelle Luftballett **Grigolatis.**
Ferner:
Robert Steidl
Hella Collier
The 3 Gilbars
etc. etc. etc.
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr. der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rübendöcker Straße 71, am Rühriner Platz.
Täglich:
Großes Konzert und **Specialitäten-Vorstellung.**
Anf. 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Kaffee, Kegelbahnen. Volksbelustigungen aller Art. **Hermann Imbs.**

Reichshallen.
Bei schönem Wetter in dem herrlichen, aufs prächtigste renovierten Konzertgarten, bei schlechtem Wetter im großen Theateraal täglich:
Stettiner Sänger
(Miescl. Vietro, Britton, Ziehl, Krause, Schreiber und Schrader).
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf. **Jeden Freitag: Neues Programm.**

W. Noacks Theater,
Brunnenstr. 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Der schöne Frühlingstag Schwan in 1 Akt von Heich.
Neu! Mausechwänzchen. Pöffe mit Gesang u. Tanz in 1 Akt v. D. Wollus. Musik v. G. Steffens. Im neu renovierten Saal:
Großer Ball.
Allen Freunden u. Bekannten empf. mein Weis- u. Bairisch-Lokal. **J. Conrad, Marsallstr. 8.** Vereinsz. u. Piano zu vera. (14299)

Carl Strauss' Restaurant und Garten.
Zahlfelle u. Wohlsein a. Metallarbeiter-Verein jetzt **Biederste. 6** (früher Stralauer Allee). (1388)
Empfehle allen Bekannten und Genossen mein Weis- und Bairisch-Bierlokal. Vereinszimmer, 20 bis 25 Personen fassend, zu vergeben. 2406 **Geinrich Goppel.** Reichensbergerstr. 118, Hof-Röhrenstr.

C. Joëls Victoria-Garten
SO., Köpnicer Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. **Grosser Saal, Konzert-Garten, geschätzte Veranden.** 1896/7 für Vereine u. Festlichkeiten, 6000 Personen fassend. 11 Kegelbahnen, Kaffeehaus und allerlei Volksbelustigungen. **Kaffeehaus der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens & Halske):** von der Grahen Berliner Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn-Station Treptow 2 Minuten entfernt. (841)

See-Fische!

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns, Schellfische in allen Grössen **12-15 Pfg.** im Ausschneid **20 Pfg.**
Gabliau zum Kochen wie **10 Pfg.** im Ausschneid **12-15 Pfg.** pro Pfd.
Seelachs do. **25** do. **30**
Knurrhahn (Seeforelle) **20**
Rotzungen, bester Ersatz für Seezungen **30-35**
Schollen (Goldbutter) sehr fein . . . **20-25**
Bratflundern (Malschollen) . . . **15-20**
während dieser und der kommenden Woche in unseren Verkaufsstellen abzugeben.
Alle anderen Fischarten, auch Steinbutt, Tarbutt, Seezungen, Heilbutt, Seehecht, Goldbarsch etc. ebenfalls billig.
Geräucherte Schellfische 25 Pf., Roche - bester Ersatz für Stör - **50-60 Pf., Seelachs 40 Pf., Flundern 60 Pf.** per Pfund.
Marinaden: Delikatess-Fischkolellettes - gebraten und mariniert - in Blechdosen v. 17 Pfd. Mk. **3,75.** kleinere 8-Pfd.-Dosen Mk. **2,20.**
Delikatess-Bratschiffisch (wie vor) 17-Pfd.-D. Mk. **3,75.** 8-Pfd.-Dose Mk. **2,20.**
Fischsälze 8-Pfd.-Dose Mk. **3,25.**
Deutsche Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“.
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, **Bahnhof Börse, Bogen 9-10.**
No. II. **Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11,** am Wilhelmplatz.
No. III. **Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadthausweg 388/9** (Central-Lager).
No. IV. **Im Schlesischen Bahnhof, Radialstr. 22.**
No. V. **Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1,** Eingang Schulzendorferstrasse.
No. VI. **Prinzstr. 30,** zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.
Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.
Seefisch ist das billigste und beste Volkanahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Artificielle Leitung: **Paul Witib.**
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Verenals. **Nur erntliche Preise.**
Georg Fischer (Lieder-Sänger), **Karl Gursch** (Tanz-Parodist), **Heddy Brumien** (Rohm-Soubrette), **Dora Marchetti** (Parloxe-Gesellschaft), **Jackson-Truppe** (Grecantiques) uhs.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: **Wochentags 20 Pf.** Nummerierter Platz **40 Pf.**
Anfang des Konzerts **täglich 4 Uhr.**
In den Festtagen: **Großer Ball.**
Die Kaffeehaus ist geöffnet. **Max Klem.**

Brauerei Friedrichshain.
Täglich **5, 7, 9 Uhr: Hagenbecks Polar-Show.**
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree **30 Pf., Kinder 15 Pf.**
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Schweizer-Garten
Am Königsdöher (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art. Freier Damentanz und Ball.
Anfang **4 1/2 Uhr.** Entree **30 Pf.**
An Wochentagen ist das etablissement an Vereine zu vergeben.

Victoria-Brauerei

Löhntstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Solos der Norddeutschen Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Auf Sonntag präc. 7. wochentags 8 Uhr. Entree **50 Pf.** Porport. **10 Pf.** Familienkassette **3 = 1 R.**
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Restaurant Klugmann.
Zur neuen Scheune. (19370) **Rummelsburg, Schanzenstr.**
Gr. Saal, gr. neu erb. Hallen, schwartzige Garten, Kaffeehaus, Keller 4000 Berl. Unterhauf. **Regelbahn, Anseefische.**
Nonnenbergs Restaurant
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal - Großer Garten. Jeden Sonntag: **Ball.** (16999) **Empfehle mein Lokal an Festlichkeiten.**
Empfehle meine drei Restaurants: **Rübezahn,** am Müggelsee, **Tenfelsee,** Müggelsee, **Mariclust,** a. d. Dahme, Apfeln Grünau und Friedrichshagen, bei Hauptarten über die Müggelsee. 16700

C. Streichhan,
Besitzer des Kaiserhofs Coppenh.
Strand-Resaurant am Müggelsee
Wäggelsee und Tenfelsee. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal mit Varietät, Kegelbahnen, Kegelbahnen, Gr. Halle,** 3000 Personen fassend. Empf. den Vereinen, Fabrikanten, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug. **A. Degebrodt, Wahnitz.**

Prima Schnitzel
dick und fett
a Pfund **1 M.** 224
Rüdenfest a Pfund **50 Pf.**
C. Schubert, Weinstr. 25.

Rechtsanwaltsbureau Auser
fängt alles durch. **Invalidenstr. 126, II.**
Herr. Siegr. Simonis. gegr. 1887. **Simonis.** 1887.
Uhren, Gold-, Silber- und Alfaniswaren-Lager. **NW., Turmstr. 69 I.** **Gebrüder Vager** aller Arten Uhren, Steier Gänge u. Reparatoren u. Uhren, **Colonywa u. Maschinen** werden in kürzester Zeit sauber und billig ausgebessert. **Altes Gold** wird in Zahlung genommen.

Hans Kayser
Görlicher Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**
Verlangen Sie gratis!
meines neuesten Preis-Catalogs über **HAMMONIA-FAHRRÄDER**
MOTOR-RÄDER und Zubehör-Theile
Hammonia-Fahrräderfabrik
A-H-UELTZEN, HAMBURG
Nordhäuser, recht v. Witt. **Hilfen,** 10 Pf. von 60 Pf. anwärts per Liter, Rum von 1 R. an. **Adamesyk & Co.,** Weinhandlung, **Michaelstr. 25** (fr. Georg Borkhoff Nachf., Pringensstraße 63). (841)

